



**REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG**

POLIS

1 | 2011

Schwerpunkt
Staatlichkeit im Wandel

6,00 € (D)/6,20 € (A)/11,20 CHF

Zeitung

DVPB: Ökonomische Bildung ist Bestandteil gesellschaftswissenschaftlicher Allgemeinbildung

Interview mit Stephan Leibfried

„Der moderne Staat ist für den Bürger zugleich treuster Freund und furchtbarster Feind“

Fachbeiträge

Matthias Keese und Annika Meng:
Entwicklung und Wirkzusammenhänge der Rentenversicherung in Deutschland

Stefan Selke:
Grenzen der Zivilgesellschaft

Tim Engartner:
Wie hat sich der Staat in den letzten 20 Jahren gewandelt?

Didaktische Werkstatt

Andreas Klee, Luisa Lemme, Andreas Lutter:
Wandel des Staates als Herausforderung für die Didaktik der Politischen Bildung

Verbandspolitische Rundschau

Ernüchterung
Schleswig-Holstein: Landeszentrale bleibt!
Aber Neuregelung mit Überraschungen



**WOCHE
NSCHAU
VERLAG**



POLIS

Report der Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung

Editorial

Im Schatten der Verwerfungen an den internationalen Kapitalmärkten und den Auswirkungen auf die Realwirtschaft scheint die Mär von der Allmacht des Marktes entzaubert – und der Staat wieder *en vogue*. „Der Staat, der lange als lästig galt, als Störenfried, der die Wirtschaft einengt, ist plötzlich wieder zum Garanten für Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit geworden“, kommentierte Ulrich Schäfer unlängst in der Süddeutschen Zeitung. Wird die „Rückkehr des Staates“ aber dazu führen, dass die Bürger/innen wieder Vertrauen in ihn fassen? Auf diese und ähnliche Fragen versucht die vorliegende Ausgabe der POLIS Antworten zu geben.

Stephan Leibfried, Leiter des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen, gibt in einem ausführlichen Interview unter dem Titel „Der moderne Staat ist für den Bürger zugleich treuster Freund und furchtbarster Feind“ Auskunft über unser ambivalentes Staatsverständnis. *Annika Meng* und *Matthias Keese* skizzieren den Wandel der sozialen Sicherungssysteme, indem sie die Entwicklung des bundesdeutschen Rentensystems darlegen. *Andreas Klee*, *Luisa Lemme* und *Andreas Lutter* bereiten den Wandel des Staates im Rahmen der „Didaktischen Werkstatt“ als Herausforderung für die politische Bildung auf. Die „Tafelbewegung“ nimmt *Stefan Selke*, Autor des Bestsellers „Fast ganz unten“, als eine Signatur der Gegenwartsgesellschaft in den Blick. Schließlich werden für diese Ausgabe der POLIS eingeholte Statements prominenter Persönlichkeiten wie *Ronald Pofalla* und *Heribert Prantl* in einen übergeordneten Kontext gerückt.

Wir hoffen, dass die Vielschichtigkeit der in diesem Heft versammelten Beiträge Ihnen als Leser/innen Anlass bietet, das Thema „Staat im Wandel“ sowohl in der politischen als auch in der ökonomischen Bildung aufzugreifen.

Tim Engartner

Zeitung

DVPB: Ökonomische Bildung ist Bestandteil gesellschaftswissenschaftlicher Allgemeinbildung 4

Schwerpunkt: Staatlichkeit im Wandel

Interview

Stephan Leibfried

„Der moderne Staat ist für den Bürger zugleich treuster Freund und furchtbarster Feind“ 7

Fachbeiträge

Matthias Keese und Annika Meng

Entwicklung und Wirkungszusammenhänge der Rentenversicherung in Deutschland 11

Stefan Selke

Grenzen der Zivilgesellschaft 15

Tim Engartner

Wie hat sich der Staat in den letzten 20 Jahren gewandelt? 18

Didaktische Werkstatt

Andreas Klee, Luisa Lemme und Andreas Lutter
Wandel des Staates als Herausforderung für die Didaktik der Politischen Bildung 22

Verbandspolitische Rundschau

Ernüchterung:

Schleswig-Holstein: Landeszentrale bleibt!
Aber Neuregelung mit Überraschungen 26

Informationen, Planungen, Aktionen und Berichte:

Brandenburg: Kooperation mit dem Landtag – sowie neuer Landesvorstand 27

Bayern: Verbindlichkeit der Abiturprüfung in Sozialkunde erhalten! 27

NRW: Bundeswehr in die Schule ... oder?
DVPB-Vorsteher im Hearing des Landtags 28

Niedersachsen: Frühankündigung des „Tages der Politischen Bildung“ am 29.9.2011 30

Hamburg: Zweiter Historisch-Politischer Marktplatz in Hamburg! 30

Rheinland-Pfalz: Mündige Bürger!? – Zum Stellenwert Politischer Bildung 31

Thüringen: „Nachhaltige Klimapolitik als Thema für die Politische Bildung 31

Magazin

Rezensionen 32
Vorschau/Impressum 34



Kontroverse um ökonomische Allgemeinbildung

DVPB-Bundesvorstand bezieht Position

Bielefeld/Hannover. Die Debatte um eine angemessene Ausgestaltung der ökonomischen Dimension gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts in Didaktik und Schulcurriculum ist in den zurückliegenden Monaten facettenreicher und differenzierter geworden: Positionen und Gegenpositionen bekommen zwar Konturen, aber die Kontroversen bleiben vorerst im Bereich wissenschaftlicher und verbandlicher Statements. Bildungspolitische Konsequenzen sind bislang nicht erkennbar.

Neuerlicher Auslöser der Diskussion um ein selbstständiges Unterrichtsfach Wirtschaft an allgemeinbildenden Schulen sind zwei Gutachten zu Bildungsstandards und zu Standards in der Lehrerbildung von vier Professoren der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsdidaktik aus dem Oktober 2010 (H.-C. Jungeblod/B. Remmel/T. Retzmann/G. Seebert; siehe POLIS 4/2010, S. 4-5). Diese Gutachten waren vom Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft in Auftrag gegeben worden. Bereits im November 2010 haben fünf andere Professoren einer „Initiative für bessere ökonomische Bildung“ dann in einer Kurzexpertise sehr kritisch zu diesen Gutachten Stellung genommen (R. Hedtke/G. Famulla/B. Fischer/B. Weber/B. Zurstrassen: Für eine bessere ökonomische Bildung. Bielefeld. Dezember 2010; im Internet unter: www.iboeb.org). Vielleicht kann man die Kontroverse vereinfacht auf die Formel bringen: „eigenständiges fachliches Ökonomie-Lernen“ versus „Ökonomie als integraler Bestandteil sozialwissenschaftlicher Bildung“.

Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung (iböb) wirft dem Konzept der Wirtschaftsverbände insbesondere vor, eine veraltete Vorstellung vom Lernen zu vertreten und extrem wenig dazu beizutragen, reale wirtschaftliche Probleme zu bewältigen. Es falle hinter den Stand der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zurück und sei wissen-

schaftlich und politisch einseitig. „Die Wirtschaftsverbände propagieren ein Pflichtfach Ökonomie und legen dafür eine fachwissenschaftlich, fachdidaktisch, methodisch und pragmatisch defizitäre Konzeption vor. Ein Fach Ökonomie nach den Vorstellungen der Wirtschaftsverbände ist nicht sinnvoll, da es wesentliche Qualifikationskriterien ökonomischer Bildung nicht erfüllt“, schrieb die iböb. Und die Initiative setzt sich nachdrücklich für einen wissenschaftlichen und politischen Pluralismus in der ökonomischen Bildung ein.

Ein wichtiges Anliegen des Gengutachtens ist es, in die ökonomische Bildung wirklichkeitsbezogen die Wirtschaftswelten und Alltagssituationen von real existierenden Konsumentinnen, Beauftragten, Auszubildenden, Erwerbstätigen, Unternehmerinnen und Angehörigen einzubeziehen. Ökonomische Fragen sollen in gesellschaftliche, politische und kulturelle Kontexte eingebettet werden.

Aber auch die Argumentation der Kurzexpertise ist in Fachkreisen nicht ohne Kritik geblieben. So hat die Honorarprofessorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum Dr. Annette Kamptons in einem bislang unveröffentlichten Manuscript die Auffassungen des iböb-Gengutachtens als „schwer nachvollziehbare Kritik“ bezeichnet; es müssten von dieser Seite nicht nur allgemein gehaltene, sondern konstruktivere Vorschläge zur Unterrichts- und Fachgestaltung gemacht werden.

Im Februar 2011 hat nun der Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung eine Stellungnahme veröffentlicht, die unhintergehbar pädagogische und didaktische Kriterien in dieser Auseinandersetzung markiert und sich weitgehend der Kurzexpertise in der Kritik an den beiden Gutachten anschließt (siehe den Text auf der nächsten Seite).

vO



Zeitung

Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) zum Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft (Oktober 2010, Autoren: Thomas Retzmann, Günther Seeber, Bernd Remmeli, Hans-Carl Jongebloed)

Das Gutachten ist ein Beitrag zur Diskussion um ökonomische Bildung. Es knüpft an die neueren Ansätze um Kompetenzen und Bildungsstrukturen an, ist sprachlich elegant formuliert und formal ansprechend. Trotzdem lehnt die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) das Gutachten ab. Einge Gründe dafür sind:

Die DVPB hebt hervor, dass das Verbandsgutachten keinen allgemeinbildenden Unterricht im Auge hat. Stattdessen wird eine einzige Perspektive – die der nutzenkalkulierenden Ökonomie mit ihrem Effizienzkriterium – auf einen einzigen Gegenstand – nämlich wirtschaftliche Situationen – angewandt. Behauptet wird, dass damit nicht nur der Kompetenzbereich Entscheidung und Rationalität (gemeint ist lediglich Zweckrationalität) des Einzelnen, sondern auch die Kompetenzbereiche Beziehung und Interaktion sowie Ordnung und System angezielt würden. Die sozialen Beziehungen werden auf ökonomische Austauschbeziehungen reduziert, die politische Ordnung wird lediglich ökonomisch aus einer einzigen Perspektive beurteilt und gestaltet (die umgekehrte Blickrichtung fehlt übrigens).

Die Engführung in dem Gutachten überlässt die schwierigste Bildungsaufgabe den Lernenden, nämlich die unterschiedlichen Sphären von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in einem Zusammenhang zu sehen und wechselseitig zu beurteilen. Dies macht aber einen Kern von Allgemeinbildung, die für alle Schüler und Schülerinnen zu fordern ist, aus. Zwar werden in dem Gutachten große Begriffe der philosophischen und pädagogischen Tradition benutzt (Mündigkeit, Tüchtigkeit, Verantwortung), sie werden aber in kleiner Münze geliefert und werden den normativen Ideen inhaltlich nicht gerecht.

Die Engführung in dem Gutachten legt die Erklärung durch die Interessen der Auftraggeber des Gutachtens nahe. Ihre Sicht der Dinge schlägt sich in dem Gutachten nieder. Verblüffenderweise fehlt in dem aktuellen Gutachten jeder Hinweis auf die Finanzkrise und ihre andauernden Folgen. Das Versagen globaler Akteure und Instanzen, das Fehlen internationaler Regulierungen, die Hilflosigkeit der Wirtschaftswissenschaften – solche Aspekte spielen in diesem Entwurf einer von den Auftraggebern als „besser“ apostrophierten

ökonomischen Bildung keine Rolle. Auf welche Realität bezieht sich eine solche didaktische Akzentuierung?

Ökonomische Bildung ist ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung! Wenn sie ihren spezifischen Beitrag zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Realität und einer reflektierten und selbstbestimmten Mitgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einlösen können soll, darf sie ihr Curriculum aber nicht monodisziplinär aus den Wirtschaftswissenschaften ableiten. Vor allem muss sie diejenigen Grundsätze und Leitideen anerkennen, die für das Selbstverständnis aller etablierten gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächer konstitutiv sind, weil ihre Berücksichtigung auf Ebene des Unterrichts der Logik der freiheitlich demokratischen Grundordnung entspricht und eine zentrale Voraussetzung für deren Fortbestehen und Weiterentwicklung darstellt.

Insbesondere

- müssen kontroverse Sichtweisen (aus Gesellschaft und/oder Wissenschaft) auf einen Unterrichtsgegenstand einbezogen werden,
- ist zu berücksichtigen, dass wissenschaftliche Theorien bzw. Modelle (neben einem Verständnis ihrer inneren Logik) von den Lernenden immer auch auf ihre spezifischen Annahmen und ihre Reichweite zu prüfen sind und
- ist anzuerkennen, dass die pädagogische Zielperspektive der Mündigkeit auch und gerade impliziert, dass sich die Beurteilung gesellschaftlicher Realität (oder ihrer wissenschaftlichen Deutung) durch die Lernenden ergebnisoffen vollzieht und hinsichtlich ihrer Richtung einzig und allein den normativen Leitlinien zu unterwerfen ist, die mittels der vom Grundgesetz garantierten Grundrechte gesetzt werden.

Eine ausführliche inhaltliche Kritik am Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ wird durch die Kurzexpertise „Für eine bessere ökonomische Bildung!“ geleistet (November 2010, Autoren: Reinhold Hettke, Gerd-E. Famulla, Andreas Fischer, Birgit Weber, Bettina Zurstrassen).

Hannover, den 11.02.2011

Für den Bundesvorstand der DVPB

Prof. Dr. Dirk Lange
(Bundesvorsitzender)

Prof. Dr. Sibylle Reinhhardt
(2. Bundesvorsitzende)

Dr. Thomas Simon
(2. Bundesvorsitzender)
Marga Kempe
(Schatzmeisterin)

„Praxisforschung nutzen – Politische Bildung weiterentwickeln“

Bildungspraxis, Forschung und Politik im Dialog

Berlin. Demokratie braucht politische Bildung – so lautet die Kampagne, die der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) im Sommer 2010, angesichts bedenklicher Weichenstellungen der Sparpolitik, startete und die mittlerweile vielfältige Unterstützung findet. Der Konsens über die Notwendigkeit dieser Bildungsaufgabe ist breit verankert, die fachliche Debatte zu ihrer Umsetzung wird, gerade in der außerschulischen Szenen der Jugend- und Erwachsenenbildung, intensiv geführt. Mangelware ist dagegen, wie jetzt eine Fachtagung am 14./15. Dezember 2010 in Berlin belegte, die systematische Nutzung empirischer Bildungsforschung für die Qualitätssicherung und Fortentwicklung der pädagogischen Praxis. Um hier Abhilfe zu schaffen hatte der bap vor zwei Jahren, gemeinsam mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Forschungsprojekt „Praxisforschung nutzen – Politische Bildung weiter entwickeln“ in Gang gesetzt. Ziel des Projekts, das von der Erziehungswissenschaftlerin Dr. Helle Becker (Essen) geleitet wurde, war die Gewinnung und Nutzbarmachung empirischer Erkenntnisse für die außerschulische politische Bildung.

Die gut besuchte Fachtagung brachte Wissenschaftler, Praktiker und Bildungsverantwortliche ins Gespräch, an dem sich auch Vertreter aus Politik und Verwaltung, so aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) oder dem Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), beteiligten. Der Präsident der Bundeszentrale, Thomas Krüger, betonte dabei die Notwendigkeit, dass Bildungsarbeit als Anwalt eines zivilgesellschaftlichen Bedarfs an Diskussions-, Konsultations- und Mobilisierungsforen offensiv agieren müsse. Worin dieser Bedarf im Einzelnen besteht, welche Motive bei der (Nicht-)Teilnahme eine Rolle spielen, wie von der Politik abgeschreckte Bevölkerungskreise aus der Reserve zu locken sind und welche Wirkungen sich in dem

breiten Veranstaltungsspektrum der experimentierfreudigen außerschulischen Bildung erzielen lassen, war zentraler Gegenstand des bap-Forschungsprojekts wie des Fachgesprächs in Berlin.

Helle Becker machte dabei deutlich, dass die Vorstellung von zielfreigem herstellbaren Bildungsresultaten an der Realität der Bildungspraxis vorbeigeht – und dass sie auch im Widerspruch zum Leitbild des mündigen Aktivbürgers steht. Die politische Bildungsaufgabe ist nicht an einem Output zu messen, aber sie ist zweifellos wirkmächtig, wie sich oft in der lebensgeschichtlichen Reflexion zeigt: Politische Bildung kann in biographisch passenden Situationen entscheidende Anstöße geben, sie kann Lust auf Veränderung machen – nicht nur im Blick auf konkrete Vorgänge und Vorhaben, sondern auch beim Selbstkonzept der Teilnehmer, die sich auf einmal als kompetente oder gefragte Akteure erleben. Das „Interesse am Neuen“ ist demnach ein wichtiges Teilnahme-Motiv, das gerade die innovationsbereite Jugend- und Erwachsenenbildung wecken oder aufgreifen kann.

Die Diskussion der Ergebnisse wurde in Berlin mit der generellen Frage nach einem zeitgemäßen Theorie-Praxis-Verhältnis verbunden. Wichtig sei, so der

Konsens, ein hierarchisierendes Verhältnis von Anweisung oder Zulieferung, aber auch die Vorstellung administrativ angeordneter Kontrolle zu überwinden, um zu einer wirklichen Zusammenarbeit zu gelangen. Auf der Tagung wurden dazu viele Anregungen gegeben und auch weitere Forschungsvorhaben, so von Prof. Achim Schröder (Darmstadt) und Prof. Helmut Bremer (Duisburg-Essen), vorgestellt. Für einen Forscher-Praktiker-Dialog ist, wie das bap-Projekt erbrachte, auf Seiten der Bildungspraxis durchaus Anschlussfähigkeit gegeben, denn hier existiert ein breites Bemühen um Dokumentation und Reflexion der eigenen Tätigkeit. Lothar Harles, Vorsitzender des Bundesausschusses, hielt daher in seinem Überblick fest, dass das Projekt, dessen Ergebnisse Anfang 2011 veröffentlicht werden, einen wichtigen Beitrag dazu leisten könne, die „verborgenen Schätze“ der Praxisforschung zu heben.

Kontakt: bap-Geschäftsstelle, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel. 030/40040100, E-Mail: info@adb.de, Homepage: www.bap-politischebildung.de.

bap

Kuratorium der Bundeszentrale fordert Stopp der Kürzungen für die Politische Bildung

Berlin. Mit einer Entschließung mit dem Titel „Demokratie braucht politische Bildung“ vom 24. Februar 2011 hat das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) die Bundesregierung aufgefordert, im Entwurf des Bundeshaushalts 2012ff. auf die geplanten Kürzungen im Bereich der politischen Bildung zu verzichten. Der Appell des Kuratoriums richte sich auch an die Bundestagsabgeordneten im Haushaltssausschuss. Stärkung nicht Schwächung der politischen Bildung liege im ureigensten Interesse der Politik. Denn Demokratie als „offenste und menschenfreundlichste aller Staatsformen“ müsse tagtäglich neu gelehrt und gelernt, gestaltet und bewahrt werden.

Mit dieser Entschließung reagiert das Kuratorium auf die empfindlichen Kürzungen bei der bpB im Haushaltsjahr

2011 und die Kürzungsansätze in den Folgejahren. Mit einer Fortsetzung dieser Kürzungsmaßnahmen in den kommenden Jahren drohe dem gesamten Netzwerk der politischen Bildung eine Zerreißprobe. Über 400 freie Einrichtungen erhalten zurzeit aus dem Haushalt der bpB substantielle Fördermittel für ihre laufende Bildungsarbeit. Sie wären damit unmittelbar von den Kürzungsvorhaben betroffen. Der Bildungsbereich ist von allen Sparmaßnahmen ausgenommen und wurde 2011 sogar um 7,2 Prozent erhöht. Dazu sollte auch Bildung für politische Teilhabe gehören.

Im Kuratorium der bpB sind alle Fraktionen des Deutschen Bundestages vertreten. Es besteht aus 22 Bundestagsabgeordneten. Den Vorsitz hat Ernst-Reinhard Beck, CDU/CSU, inne. Seine Stellvertreterin ist Daniela Kolbe, SPD. Nähere Informationen sowie der Text der Erklärung unter: <http://www.bap-politischebildung.de/DE/2856/Aktuelles.php>

bap

Thomas Goppel will Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing werden

München. Die renommierte Akademie für Politische Bildung am Starnberger See sucht einen neuen Direktor. Der bisherige Amtsinhaber – Prof. Dr. Heinrich Oberreuter – ist im Hauptamt Professor für Politikwissenschaft an der Universität und geht zum Herbst 2011 in Ruhestand. In der Ausschreibung hieß es: „Gesucht wird eine angesehene, in Forschung und Lehre ausgewiesene Persönlichkeit.“ Kurz vor Bewerbungsschluss hat sich ein bekannter Politiker in die Reihe der 31 Bewerberinnen und Bewerber eingereiht.

Dr. Thomas Goppel, Sohn des ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, war nahezu 40 Jahre Mitglied der Landtags, 15 Jahre in verschiedenen Ministerämtern Mitglied der Landesregierung und zwischen 1999 und 2003 auch Generalsekretär der CSU. Bei der letzten Kabinettbildung wurde er nicht mehr berücksichtigt. Aus den Reihen der Opposition im Landtag wurde die Bewerbung kritisiert; Goppel habe keinerlei wissenschaftliche Verdienste und suche sich lediglich ein „Ausstragsstüberl“. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte dies: „Tatsächlich hat Goppel keine Qualifikation in Forschung und Lehre vorzuweisen, aber dies ist laut Akademiegesetz auch nicht zwingend vorgeschrieben.“ (SZ v. 28.02.11)

vO



Dr. Thomas Goppel, geb. 1947, von 2003 – 2008 Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst



INTERVIEW

„Der moderne Staat ist für den Bürger zugleich treuster Freund und furchtbarster Feind“

Interview mit Stephan Leibfried zum Wandel des Sozialstaates



Prof. Dr. Stephan Leibfried ist Inhaber der Professur für politische Soziologie mit den Schwerpunkten Politikfeldanalyse und Sozialpolitik an der Universität Bremen. Seit 2004 ist er Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. 2007 erhielt er den ersten Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze. In den Jahren zuvor erhielt er zahlreiche Einladungen zu Forschungsaufenthalten, u. a. nach Cornell, Harvard, Berkeley, Stanford und an die LSE.

Herr Prof. Leibfried, Sie beschäftigen sich seit vielen Jahren mit dem Wandel des Sozialstaates. In Ihrem Buch „Transformationen des Staates?“ schreiben Sie: „Der moderne Staat ist für den Bürger zugleich treuster Freund und furchtbarster Feind.“ Was meinen Sie damit?

Der moderne Staat ist der treueste Freund des Bürgers, weil er breiten Schichten

der Bevölkerung erst das Bürgersein ermöglicht. Der typische liberale Bürger des 19. Jahrhunderts war finanziell unabhängig und hatte gerade auf Grund seiner Ressourcen Zeit und Möglichkeit, sein politisches Interesse zu verfolgen. Nicht umsonst hatte Bismarck auch für den Reichstag zunächst durchgesetzt, dass den Abgeordneten keine Diäten gezahlt wurden – das allein wirkte schon als sozialer Filter. Dem hat der Wohlfahrtsstaat massiv abgeholfen: er gab „Otto Normalverbraucher“ weit mehr Chancen der Selbstverwirklichung. Dass es immer noch oder immer wieder Probleme gibt, spricht nicht gegen diesen Erfolg.

Furchtbarster Feind ist der Staat dem Bürger vor allem deshalb, weil er in den letzten Jahrzehnten massiv Machtmittel angehäuft hat, die den Bürger in seinen persönlichen Rechten empfindlich beschränken können. Das gilt nicht nur für Polizei, Geheimdienste und die vielen Sicherheitsgesetze der letzten Jahre, sondern fängt – was gerne vergessen wird – schon dort an, wo der Staat etwa Normen für eine „angemessene“ Pflege festlegt oder wo er eigentlich ihre Umsetzung kontrollieren müsste. Schon da treffen wir schnell auf grundsätzliche Fragen der Menschenwürde.

Wie hat sich der Sozialstaat Ihrer Meinung nach seit seiner Etablierung in der Bismarck-Zeit entwickelt?

Diese „Riesenfrage“ lässt sich am besten in drei Teilen beantworten:

Erstens: Der Sozialstaat hat sich seit Bismarck vertieft und verbreitert, d. h. er hat an Eingriffstiefe, Eingriffsbreite und Verantwortung zugenommen. Heute sind zwei große Tanker unterwegs, die

zwischen sich einen kleineren Frachter eingeklemmt haben. Mit dem einen großen sozialpolitischen Tanker sind die Sozialversicherungssysteme und die einschlägigen finanziellen Hilfen gemeint, also der umfangreiche Transferbereich; der andere umfasst die vielfältigen sozialpolitisch wirksamen Marktinterventionen, die von der Arbeitszeitregelung bis zum Mutterschutz, von der Elternzeit bis hin zu verbraucher- und teilweise auch umweltschutzpolitischen Maßnahmen reichen. Der Frachter dazwischen steht für die Bildungspolitik, die in der Bundesrepublik sozialpolitisch viel zu schwach ausgeprägt ist, weil sie die Aufstiegsmobilität in der Gesellschaft gerade nicht befördert; auch fiskalisch wird dieser Frachter vom Tanker Sozialversicherungsstaat an die Seite gedrängt.

Zweitens hat sich der Sozialstaat seit Bismarck zunächst bis 1945 auf national autonomen Eigenwegen entwickelt, so dass wir heute mindestens vier unterschiedliche Gruppen von Wohlfahrtsstaaten, vor allem aber nationale Unikate vorfinden. Das hat im Wesentlichen mit den jeweiligen innenpolitischen Machtverhältnissen und Machtkompromissen zu tun, die in Skandinavien anders ausgesehen haben als in Italien oder in der Schweiz.

Drittens schließlich ist der Sozialstaat in den letzten 35 Jahren erheblich unter Druck geraten – die Stichworte Globalisierung, Standortwettbewerb oder demographischer Wandel bezeichnen nur die sichtbarsten Trends, die für diesen Druck verantwortlich gemacht werden bzw. dafür verantwortlich sind. Die darauf erfolgten Reaktionen der Sozialstaaten lassen sich kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wir sehen eine Anlagerung neuer gesellschaftlicher Akteure an den Staat und ihre Einbindung in seine Funktionserfüllung. Wir bemerken aber auch verstärkte staatliche Einflussnahme, so z. B. mit der Krankenversicherungsreform in den USA. In geringerem Umfang schlagen Internationalisierungstendenzen durch; sie konzentrieren sich vor allem auf den zweiten Tanker, den Interventions- und Regulierungsstaat, der auch der Europäisierung weit stärker unterliegt.

Was wir sehen, gibt jedoch dem Begriff Wohlfahrts„staat“ eine neue Bedeutung. Nicht dass der klassische Na-

tionalstaat sich aufgelöst oder an Bedeutung verloren hätte. Aber er kann schon lange nicht mehr die nötigen interventions- und sozialpolitischen Entscheidungen autonom treffen, geschweige denn alleine alle üblich gewordenen Leistungen erbringen. Der Staat hat Gesellschaft bekommen.

Wenn Sie drei politische Entscheidungen nennen sollten, die die Reform der sozialen Sicherungssysteme maßgeblich beeinflusst haben, welche wären das?

Die Frage ist schwer zu beantworten, weil es gerade bei der Sozialpolitik meist nicht die „großen Entscheidungen“ waren, die den Charakter der Politik bestimmt haben, sondern der nicht enden wollende Strom an Reform, Reform der Reform und Ergänzung der Reform der Reform. Hier höhlt der stete Tropfen den Stein – etwa bei der nie enden wollenden Gesundheitsreform. Ich will die Bedeutung etwa der Hartz-Gesetze nicht kleinreden, aber für den Charakter der deutschen Sozialpolitik waren beispielsweise die vielen Urteile des Europäischen Gerichtshofes zu Gleichstellungsfragen – Defrenne¹ und folgende – mindestens ebenso Trendsetter wie die Große Rentenreform Adenauers 1957.

Und vielleicht ist eine der großen Entscheidungssphären ganz versteckt: Die Privatisierung des Staats der Daseinsvorsorge, der sich um Gleichheit, um Umverteilung „in der Fläche“ kümmerte, so bei Verkehrs-, Telefon-, Wasser- und Stromanbindung. Dieser Staat wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert der „Bruder“ des Sozialversicherungsstaates. Ihn hat man aber seit den 1970er Jahren immer mehr vernachlässigt und abgebaut.

Und manche maßgeblichen Lagen verbergen sich heute den Zeitgenossen ganz. Ein Viertel der Kriegsziele der Atlantik Charta von 1941, die Roosevelt und Churchill formulierten, waren sozialpolitischer Natur. Sogar der Begriff „social security“, den Sie ganz selbstverständlich in Ihrer Frage verwenden, stammt daher!

Sie haben es eingangs bereits ange deutet: „Globalisierung“ und „demo graphischer Wandel“ werden häufig

als Sachzwänge dargestellt, wegen de rer der Sozialstaat modernisiert wer den muss. Inwieweit ist diese Argumen tation stichhaltig?

Von Sachzwang spricht man in den Sozialwissenschaften, wenn zwei Dinge zusammenkommen: eine strukturelle Rahmenbedingung wird faktisch un ausweichlich und eine Entwicklung lässt sich einem bestimmten Akteur und seinem politischen Willen nicht mehr zu ordnen. Globalisierung ist insofern zu einem erheblichen Teil tatsächlich Sach zwang geworden. Sie wirkt über diverse Kanäle strukturell auf Politik und Ge sellschaft ein. Und sie ist in ihrer heutigen Form einem Akteur nicht mehr ursächlich zurechenbar. Allerdings kam sie keinesfalls aus dem Nichts: Am Anfang standen neben technologischen Entwicklungen auch politische Entscheidungen, wie etwa die Markoliberalisie rungen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan zu Beginn der 1980er Jahre. Und wie die Zeit von 1914 bis 1960 gezeigt hat, kann eine Epoche der Globalisierung auch für Jahrzehnte ab gebrochen werden.

Der demographische Wandel ist in diesem Sinn sogar noch mehr Sach zwang, weil bei dieser Entwicklung etliche unverbundene Dinge zusammen wirken: Individualisierung, Leistungs druck, falsche politische Entscheidungen, aber auch bessere Berufschancen für Frauen, die Einführung der Empfängnisverhütung, bessere Gesundheitsver sorgung, weniger schwere körperliche Arbeit, gesünderes Essen und manches mehr. Vieles davon war gewollt und über lange Zeit angestrebt, anderes kam hin zu, auch aus Unvermögen oder falscher Politik, aber einem bestimmten politischen Akteur ist das nicht zuzuschrei ben und auch „der Staat“ kann nicht ein fach für mehr Geburten sorgen. Letzt lich kann er nur bestimmte Rahmenbe dingungen (anders) setzen.

Allerdings zeigt der demographische Wandel, dass die Bewertung des Ge schehens – als Glück oder Unglück, als Sachzwang oder als Geschenk des Himmels – ganz im Auge des Betrachters liegt: Nehmen wir die als Leistungskür zung bekämpfte Rente mit 67 und einen jüngst erschienenen Tagungsbericht in der FAZ vom 22.11.2010 (Jürgen Kaube und



Interview

Reinhard Müller, „Krise! Welche Krise?“, S. 10): „Demographie ist ein Geschenk.“ Wenn Deutschland sich etwa an Dänemark orientierte, „können wir uns den Sozialstaat leisten.“ In Dänemark wird zwei Jahre länger gearbeitet und die jungen Leute starten zwei Jahre eher in den Beruf. Börsch-Supan hob hervor, dass die „aktive Zeit“ des Menschen immer länger dauere. Wenn man die steigende Lebenserwartung in Rechnung stelle und berücksichtige, wann die Rente mit 67 in Kraft trete, dann arbeiteten die Menschen künftig weniger, nicht länger.

Was sind Ihrer Meinung nach die drängendsten Probleme in der Sozialpolitik, die es zu lösen gilt?

Auch diese Frage lässt sich kaum kurz und knapp beantworten, denn gerade in der Sozialpolitik spielt und spielt das subjektive Problemempfinden eine große Rolle. Wenn etwa die Arbeitgeber verlangen, dass die Hartz IV-Sätze gekürzt werden sollen, mag das etwas damit zu tun haben, dass sie keine höheren Löhne zahlen wollen. Es hat jedoch auch etwas mit gegensätzlichen normativen Vorstellungen darüber zu tun, was „gute Sozialpolitik“ leisten soll. Diese normativen Vorstellungen sind stark subjektiv bestimmt und nicht nur vom Geldbeutel, also dem eigenen finanziellen Interesse diktiert. Versucht man trotzdem eine Antwort zu geben, dann stehen meines Erachtens folgende Probleme hierzulande vordringlich zur Lösung an:

Da wäre, erstens, die immer weiter auseinanderklaffende Einkommensscheide zu schließen. Man muss mit Erschrecken sehen, wie nicht nur in relativen, sondern auch in absoluten Zahlen die soziale Schichtung immer zerklüfteter ausfällt, also die Abstände zwischen den Schichten immer größer werden. Und was mich besonders nachdenklich macht: Diese Schichtung vernichtet nicht nur die sozialen und politischen Beteiligungschancen vieler Menschen, sondern sie wird auch in enormem Umfang vererbt. Wir haben trotz der hohen Sozialausgaben des Staates in Deutschland eine denkbar geringe Aufstiegsmobilität. Klassenlagen verfestigen sich also heute wieder anstatt wenigstens über die Generationen hinweg aufgebrochen zu wer-

den. Zusätzlich frappiert auch, dass daran eine einfache Erhöhung und Verbreiterung von Transferzahlungen kaum etwas ändert – ein „allgemeines Grundeinkommen“ pflegt also eher illusorische Reformlandschaften. Viele Menschen stecken so tief in Problemen, dass Geld alleine nicht einmal eine Hoffnung auf Besserung bringt. Zweitens war Bildung in den meisten westlichen Ländern eines der wesentlichen Instrumente, um soziale Mobilität zu ermöglichen. Doch zeigt die bundesdeutsche Bildungspolitik hier verheerende Ergebnisse. Unser Bildungssystem zementiert soziale Schichtung anstatt sie durchlässiger zu machen. Das haben auch die jüngsten PISA-Daten von Dezember 2010 wieder gezeigt. Ferner ist es ein Problem, dass die 50 Prozent der Staatseinnahmen, die den Bundesanteil an allen Staatseinnahmen ausmachen, nur zum verschwindend geringen Teil in Forschung und Bildung fließen (dürfen) – und das seit der Föderalismusreform II sogar noch weniger –, die Länderhaushalte jedoch strukturell damit überfordert sind, diese Herausforderungen zu bewältigen. Das Ergebnis kann denn auch nicht überraschen: im OECD-Vergleich investiert Deutschland anteilmäßig deutlich weniger Bruttoinlandsprodukt in Bildung als etwa Südkorea. Das ist ein unmöglicher Zustand.

Wir haben, drittens, vergessen, dass Sozialpolitik nach wie vor Klassenpolitik ist und nicht etwa Kultur- oder Integrationspolitik oder globale Humankapitalbildung. Nicht bildungsunwillige Ausländer sind unser primäres Problem, sondern die davor liegende, tief verankerte Unfähigkeit der deutschen Gesellschaft, genug soziale Mobilität zu ermöglichen. Das gilt für die in braunen Ideen schwelgenden ost- und westdeutschen Jugendlichen ebenso wie für die so genannten Ausländer der dritten Generation. Die Skandinavier sind hier nicht deshalb weiter, weil sie keine Parolen vom „Kampf der Kulturen“ oder ähnlichen populistischen Unsinn kennen, sondern weil ihre Wohlfahrtsgesellschaften soziale Mobilität stärker ermöglichen als dies bei uns der Fall ist.

Aber Sozialpolitik kann sich ja nicht in der Förderung sozialer Mobilität erschöpfen. Noch in der zweiten Hälf-

te des 20. Jahrhunderts reichte die Verantwortung des Staates von Bildung und Umweltschutz über Straßenbau und Gesundheitssystem bis zu Bahn, Post und Telekommunikation. Nun heißt es immer häufiger „Privat geht vor Staat“. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

In den letzten vierzig Jahren gab es viel Hin und Her in den ordnungspolitischen Vorstellungen über den Staatseingriff in die Gesellschaft. Noch die 1970er Jahre waren durch die keynesianische Globalsteuerung geprägt. Gleich darauf wurde es uns in den 1980er und vor allem in den 1990er Jahren nahe gebracht, der Staat sei das Problem und nur private Aktivität sei hilfreich. Das wurde 2001 zunächst im Sicherheitsbereich und zuletzt auch im Wirtschafts- und vor allem im Staatsfinanzbereich wieder über den Haufen geworfen. Der Staat ist zurück – jedenfalls scheint es so. Schauen wir genauer hin, sind mindestens drei Einschränkungen zu machen:

So vollzog sich der massive Wandel hin zu den Privaten in den 1980er Jahren nicht aus ideologischer Verbohrtheit oder wider besseres Wissen – auch wenn das heute gern behauptet wird, so nach dem Motto, „hätten wir nur in den 1970er Jahren nichts geändert, so wären uns all die Krisen erspart geblieben“. Ausgangspunkt des Wandels war die Krise der staatlichen Daseinvorsorge: Leistungseinschränkungen, Kostenexplosionen und Innovationshemmnisse. Oder glaubt jemand ernsthaft, wir hätten mit der Deutschen Bundespost und ihren Fernmeldeämtern einen boomenden Handymarkt heutiger Größenordnung hinbekommen?

Privatisierung heißt aber nicht Entstaatlichung. Auch das ist ein großes, gern kolportiertes Missverständnis. Der Staat hat in der Daseinvorsorge in größerem Umfang Organisationsverantwortung privatisiert, vermochte jedoch gleichzeitig meist seine Entscheidungsverantwortung massiv zu stärken, Regulierungsbehörden wie die Bundesnetzagentur, das Eisenbahnministerium oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufzubauen, deren Zuständigkeiten immer mehr gestärkt und auch noch supranational, also in der EU, koordiniert wurden. Insofern gilt: Ja, die Telefonie wird heute als privater Markt angeboten. Die

Bedingungen, zu denen dieser Markt funktioniert (oder eben auch nicht funktioniert, wie z. B. bei der gebietsmonopartigen Stromversorgung in Deutschland), schreibt aber der Staat vor. Wenn man die Lage der öffentlichen Güter heute bewertet, muss man also genauer hinschauen und sich davor hüten, pauschale Behauptungen aufzustellen. Vermutlich hat sich im Großen und Ganzen in der öffentlichen Daseinsvorsorge die Angebotsvielfalt an öffentlichen Dienstleistungen massiv erhöht und hat sich die Qualität in mancher Hinsicht verbessert, in anderer Hinsicht ist sie gleich geblieben, manches ist aber auch schlechter geworden. Was sich aber vor allem geändert hat, ist das Gefühl der Bürger über die Sicherheit dieser Dienstleistungen: Geht etwas schief, reißen etwa Winterstürme die Strommasten um, so rufen die Bürger sofort nach dem Staat, der das Problem beheben soll.

Und hier liegt vermutlich die Krux. Der Bürger ruft in seiner Not nach dem Staat, ihm antworten jedoch mitunter ganz andere als der Angerufene – etwa der private Stromversorger, der europäische Gesetzgeber oder aber die deutsche Regulierungsbehörde plus allerlei Stimmen aus Bundes- und Landesregierungen, Parlamenten und Parteien, Verbänden und Interessengruppen. Das überblickt der Bürger aber nicht mehr. Eine neue Rundum-Unsicherheit ist die Folge.

Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Privatisierung des Renten- und Gesundheitssystems?

Noch so eine riesige Frage, als wäre ich der große Manitou. Dazu nur drei Bemerkungen:

Erstens, schon das zuvor Gesagte hat gezeigt, dass die Begriffe „Privatisierung“ und „Verstaatlichung“ irreführend sind. Kein alter OECD-Staat hat sein Renten- und Gesundheitssystem privatisiert. Und die USA, die das privateste Gesundheitssystem besessen haben, haben dort so eben den staatlichen Einfluss erheblich verstärkt. Richtig ist allerdings, etliche Staaten sahen sich aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen – wieder Globalisierung, demographischer Wandel usw. – gezwungen, für ihre Sozialsysteme neue Einnahmen zu erschließen beziehungsweise die Leistungen zu kürzen. Beim

Rentensystem ist das dann beispielsweise dadurch passiert, dass man mit „Rieser“ und Rürip“ die private Vorsorge als zusätzliches Element eingeführt hat, damit die Rentenlücken hinfort nicht all zu groß werden. Gleichzeitig aber fördert der Staat diese „private“ Vorsorge mit erheblichen Steuersubventionen, so dass auch hier die Rede von Entstaatlichung fehl geht. Nahe liegend wäre der folgerichtige für ihn der kostensenkende und lückenschließende nächste Schritt, die private Lückenschließung für alle obligatorisch zu machen!

Zweitens: Der Kern der Diskussion der letzten Jahrzehnte geht hier also nicht um privat versus staatlich (obwohl das oft behauptet wird), sondern, erstens, um den Umfang der sozialen Absicherung – alle, wie in Skandinavien; nur die abhängig Beschäftigten, wie in Deutschland; oder nur die, von denen andere glauben, dass sie es nötig haben, wie bisher im Gesundheitssystem der USA –, sowie, zweitens, um die Verteilung von Kosten und Nutzen, wobei sich in allen Systemen politisch einflussreiche Lobbygruppen gebildet haben – Pharmaindustrie, Versicherer, Ärzte, Krankenhäuser etc. Was aus einem solchen Interessengeflecht als Politikergebnis herauskommt, hat dann leider oft wenig mit angemessener Problemlösung zu tun.

Drittens und kurzum: Es geht weniger um Chancen und Risiken von Privatisierung im Bereich von Renten oder Gesundheit, sondern um unterschiedliche Kosten-Nutzen-Verteilungen in diversen Reformprozessen. Zählt man dann noch – wie bereits erwähnt – hinzu, dass in der Gesellschaft höchst unterschiedliche normative Vorstellungen über „gute Sozialpolitik“ bestehen, so sind alle derartigen Einschätzungen mit großer Vorsicht zu behandeln.

Auch wenn Sie nicht der große Manitu sind und vermutlich auch nur bedingt über prophetische Gaben verfügen, gestatten Sie mir doch eine letzte Frage: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, lautet ein bekanntes Zitat von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, das allerdings auch manchem österreichischen Bundeskanzler zugeschrieben wird. Gibt es dennoch Visionen, die Sie für die Zukunft des Sozialstaates haben?

Helmut Schmidt hat manchen prägnanten Spruch getan, nicht umsonst nannte man ihn in den 60er Jahren „Schmidt-Schnauze“. Mit dem Satz über Visionen und Arztbesuche wird er aber vermutlich ebenso falsch verstanden worden sein wie mit seinem Spruch, ihm seien fünf Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Ich glaube, dass man in den letzten Jahren den Sozialstaat – positiv wie negativ – viel zu sehr als sprichwörtlichen Reparaturbetrieb des Kapitalismus angesehen hat. Das war aber immer schon zu wenig. Der Sozialstaat muss ein soziales Netz spannen, um Lebensrisiken und Statuspassagen seiner Bürgerinnen und Bürger abzusichern. Aber er muss noch etwas weit Wichtigeres leisten, was wir in Deutschland seit Bismarcks Revolution von oben gern vergessen: er muss die Grundlagen für gesellschaftliche und politische Beteiligungsfähigkeit sowie für soziale Mobilität legen. Nur dann verkommt er nicht zur bloßen Reparaturwerft des Schiffs Kapitalismus. Und gerade hier ernüchtert die deutsche Bilanz. Wenn 80 Prozent der Akademikerkinder Abitur machen, aber nur 20 Prozent der Kinder aus Familien von Nichtakademikern, dann ist das eine Quote, die schon das preußische Gymnasium am Ende des 19. Jahrhunderts in etwa erreichte. Wie soll man darauf stolz sein? Keine Sozialstaatsvision in Deutschland ist dringlicher, wichtiger und angebrachter als diese! ◆

Das Interview führte Tim Engartner.

Anmerkung

¹ Zu Beginn der 1970er Jahre begann die belgische Stewardess Gabrielle Defrenne ihren gerichtlichen Feldzug gegen die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben. Sie klagte beim Europäischen Gerichtshof gegen die Regelung, dass sie als Stewardess altersbedingt einige Jahre früher aus dem aktiven Flugdienst ausscheiden musste als ihre männlichen Kollegen. Zwar verlor Defrenne ihren ersten Rechtsstreit gegen die belgische Fluggesellschaft „Sabena“, aber zusammen mit der Unzufriedenheit und dem Protest der damals aufkeimenden Frauenbewegung rüttelten die Rechtsfragen der Stewardess die Europäische Kommission wach, die schließlich mehrere Richtlinien zur (arbeitsrechtlichen) Gleichstellung der Frau vorbereitete.



Entwicklung und Wirkungszusammenhänge der Rentenversicherung in Deutschland

von *Matthias Keese und Annika Meng*

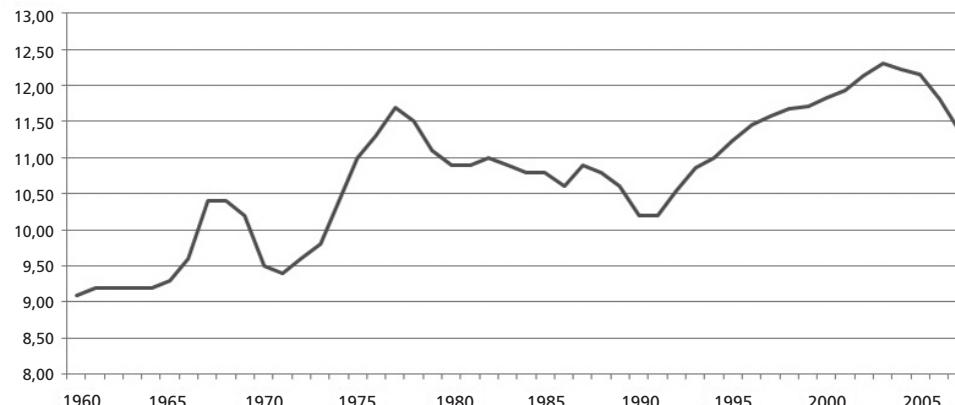


Matthias Keese und Annika Meng sind Wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. In ihrer Forschungsarbeit beschäftigen sie sich mit verschiedenen Aspekten des demografischen Wandels, etwa Sparverhalten, Pflege und Alterssicherung.

Die Alterssicherung stellt in vielen modernen Sozialstaaten nicht nur eine der traditionsreichsten und quantitativ wichtigsten Säulen der Sozialversicherung dar. Sie ist zugleich der sozialpolitische Bereich, der am stärksten durch den demografischen Wandel herausgefordert wird. Deutschland bildet dabei keine Ausnahme. Die Geschichte der deutschen Rentenversicherung beginnt im Jahr 1889. Das sogenannte Gesetz zur Invaliditäts- und Alterssicherung diente jedoch eher der finanziellen Absicherung im Invaliditätsfall als im Alter. Zudem sollte die aufstrebende Arbeiterbewegung geschwächt werden. Adressat war zunächst nur die gehobene Arbeiterschicht, die ab dem 16. Lebensjahr versicherungspflichtig wurde. Nach 30 Jahren Anwartschaftszeit und ab dem 70. Lebensjahr wurde ein Rentenan-

spruch erworben, was angesichts einer im Vergleich zu heute deutlich niedrigeren Lebenserwartung selten zutraf.

Grundsätzliche Idee einer solchen Versicherung ist die Absicherung gegen zwei Risiken: Erstens können Ältere nicht in gleichem Umfang wie Jüngere einer Erwerbstätigkeit nachgehen; diesen Einkommensverlust gilt es zu versichern. Zweitens deckt die Versicherung das Langlebigkeitsrisiko ab. Bereits von Beginn an wurden die Renten durch einen Staatszuschuss und eine paritätische Beitragsfinanzierung von Arbeitern und Arbeitgebern finanziert. Beide Merkmale haben sich im Grundsatz bis heute bewahrt. Im Jahr 1911 wurden auch Angestellte in die Rentenversicherung einbezogen. Gleichzeitig wurde die Altersgrenze auf 65 Jahre gesenkt und erstmals eine Witwenrente eingeführt,

**Abb. 1: Sozialeistungsquote für Alters- und Hinterbliebenenrente**

Eigene Darstellung nach Statistisches Taschenbuch 2010. Angaben in % des Bruttoinlandsprodukts. Bis 1990 früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).

die Arbeiterinnen allerdings nur erhielten, wenn sie selbst berufsunfähig waren.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Vermögensbestände der Rentenversicherung angesichts der hohen Nachkriegsinflation praktisch wertlos. Nach einer kurzen wirtschaftlichen Erholung wurden die Leistungen infolge der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 im Vergleich zur Vorkriegszeit gekürzt. Die Antragsteller mussten höhere Anspruchsvoraussetzungen erfüllen und wurden einer Bedürftigkeitsprüfung unterzogen. Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland dehnte sich der Kreis der Versicherten weiter aus, so dass auch Selbständige der Versicherungspflicht unterlagen. Die Versicherten mussten sich um die „Volksgemeinschaft“ verdient gemacht haben und erhielten lediglich eine niedrige Fürsorgeleistung, falls die Unterstützung durch die eigene Familie nicht ausreichte. Im Gegensatz dazu bietet die heutige Rentenversicherung (wie schon in der Weimarer Republik) eine teilhabequivalente Leistung im Versicherungsfall, d.h. ein Versicherter, der relativ höhere Beiträge an die Versicherung entrichtet hat, erhält einen Anspruch auf eine relativ höhere monatliche Rente.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Rentenversicherung wieder in den Zustand der Weimarer Republik zurück versetzt. Zusätzlich wurden die Renten ab 1949 an die Lohn- und Preisentwicklung gekoppelt. 1950 wurde die paritätische Finanzierung wieder

eingeführt. Der Kreis der Versicherten wurde sukzessive weiter ausgedehnt, etwa um Landwirte (1957) und Handwerker (1960). Die hohen Wachstumsraten im Zuge des deutschen Wirtschaftswunders gingen mit einem starken Anstieg der Nettoverdienste einher. Dies führte dazu, dass die Rentenansprüche allgemein stark anstiegen und die nun wieder teilhabequivalente Ausgestaltung des Versicherungssystems die Einkommenssicherung im Alter für weite Teile der Bevölkerung tatsächlich erfüllte.¹

Prinzip des Umlagesystems

Im Jahr 1957 wurde das Umlagesystem vollständig eingeführt.² Dabei werden die Beitragszahlungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht in einem Kapitalstock angelegt (wie im Kapitaldeckungsverfahren), sondern direkt an die aktuelle Rentnergeneration ausgezahlt. Damit kommt der intergenerationalen Umverteilung eine zentrale Rolle zu. Das wesentliche Merkmal des Umlagesystems ist, dass der Rentenanspruch der heute Beschäftigten durch die zukünftige Generation gedeckt werden muss. Diese Generation arbeitet heute noch nicht oder ist noch nicht einmal geboren. Dies stellt eine implizite Staatsschuld dar, bestehend aus einem zukünftigen Rentenanspruch. Durch die nun großzügigere Ausgestaltung des Systems erhielt die damalige Rentnergeneration ein Einführungsgeschenk in Form von Rentenzahlungen,

für die sie selbst keine Beiträge im gleichen Umfang geleistet hatte.³

Grundsätzlich eignet sich ein Umlagesystem auch zum sozialen Ausgleich. Allerdings ist ein derartiges Prinzip der intragenerationellen Umverteilung in der deutschen Rentenversicherung nur schwach ausgeprägt. Zu den auffälligsten Ausnahmen gehören die Anrechnung von Erziehungs- und Hochschulausbildungszeiten oder die Übernahme von Rentenbeiträgen für Arbeitslose durch die Bundesagentur für Arbeit. Man kann diskutieren, ob solche Maßnahmen Versicherungsscharakter haben oder ob sie nicht stattdessen versicherungsfremde Leistungen darstellen. Häufig wird der hohe Bundeszuschuss aus Steuermitteln (jährlich über 30% des Gesamtbudgets der Rentenversicherung⁴) mit der Existenz solcher Leistungen begründet.

Anstelle der starren Altersgrenze von 65 wurden im Rentenreformgesetz von 1972 flexible Altersgrenzen eingeführt. Eine derartige Verringerung oder Flexibilisierung des Renteneintrittsalters ohne Abschläge führt (ebenso wie eine Ausdehnung des Versichertenkreises) stets zu einem Anstieg der impliziten Staatsverschuldung, da der Anspruchserweiterung keine Beiträge in der Vergangenheit gegenüber stehen, die heutigen Beitragszahler aber implizit daselbe Anspruchsniveau in der Zukunft erwarten.⁵

Die Höhe der individuellen Rente berechnet sich aus dem individuell erzielten sowie dem durchschnittlichen jährlichen Erwerbseinkommen aller Versicherten. Daraus werden die individuellen Entgeltpunkte errechnet, die dann mit dem aktuellen Rentenwert multipliziert werden. Damit ist das Rentenniveau (Lohnersatzrate) nicht gesetzlich festgelegt.

Entgeltpunkte und Rentenwert

Das Rentensystem des Jahres 1972 war überaus großzügig ausgestaltet. So belief sich die Lohnersatzrate auf ungefähr 70% des Nettolohns eines ver-



Fachbeitrag

cherungspflichtig Beschäftigten mit 45 Beitragsjahren (sogenannter Eckrentner). Ein vorzeitiger Renteneintritt nach 35 Jahren (Männer) bzw. 15 Jahren (Frauen) wurde nicht mit einer negativen Anpassung der Renten bestraft. Zudem war es sehr leicht, Berufsuntätigkeits- oder Erwerbsminderungsrente zu erhalten, die zur häufigsten Rentenzugangsform wurden. Auch der Übergang von Arbeitslosigkeit in Rente war stark vereinfacht. Zahlreiche ältere Arbeitnehmer gingen in den 1980er Jahren mit einer Kombination aus Abfindungen und Arbeitslosengeldansprüchen in den Ruhestand. Hinzu kam, dass immer mehr Versicherte von den Möglichkeiten der vorgezogenen Altersrente Gebrauch machten. Die Sozialausgaben stiegen im Zuge dieser Entwicklungen stark an.⁶

Seit 1976 traten verstärkt systemische Schwierigkeiten der Rentenversicherung zu Tage. Durch die Kopplung an die Brut-

cherung im Zuge der Wiedervereinigung. Die Renten in der DDR dienten nur zur Absicherung des Existenzminimums und hatten einen deutlichen Abstand zum Arbeitseinkommen. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung erreichten die Renten im Durchschnitt 37% des Niveaus eines westdeutschen Eckrentners. Bis zum Jahr 2000 wurden die Leistungen entsprechend angepasst. Aufgrund der höheren Anzahl an Arbeitsjahren ist die durchschnittliche Rente eines ostdeutschen bis heute höher als die eines westdeutschen Rentners (vor allem bei Frauen).⁸ Eine weitere folgenreiche Maßnahme nach der Wiedervereinigung war die großzügige Anwendung von Frühverrentungsmöglichkeiten. Damit entgingen zwar zahlreiche ältere Beschäftigte drohender Arbeitslosigkeit, wurden aber zu Leistungsempfängern der Rentenversicherung.⁹

Infolge der Rentenreformen 1992 und 1999 wurden die Leistungsvoraussetzungen erhöht. Eine frühere Inanspruchnahme von Altersrente führt seitdem zu deutlichen Abschlägen in der Rente. Gleichzeitig werden die flexiblen Altersgrenzen bis 2017 schrittweise angehoben.¹⁰ Damit wird das System verstärkt an den Beitragseinnahmen und nicht hauptsächlich an den erworbenen impliziten Ansprü-

chen ausgerichtet. So wurden seit den 1990er Jahren Korrekturfaktoren eingeführt, die den steigenden Ansprüchen entgegenwirken.¹¹ Die Umstellung der Bruttolohnindexierung auf eine Ausrichtung an den Nettolöhnen korrigierte erstmals die dynamische Rentenentwicklung der Rentenformel von 1957. Dadurch erhöht sich die heutige Rente nicht mehr automatisch mit den Beitragss- und Steuererhöhungen.¹²

Einen deutlichen Einschnitt stellte zudem die Riester-Reform im Jahr 2001 dar.

Erklärte Ziele der Reform waren die langfristige Stabilisierung der Beiträge und des Rentenniveaus sowie die Ausweitung privater Altersvorsorge. Eine wichtige Maßnahme stellte die Anpassung der Rentenformel dar. Erstens bezieht sie jetzt Veränderungen im Beitragssatz zur Rentenversicherung mit ein. Zweitens berücksichtigt sie, dass Arbeitnehmer verstärkt private Altersvorsorge aufbauen sollen (sogenannte Riester-Treppe).¹³ Im Ergebnis schlagen sich steigende Belastungen für die Einzahler in einer geringeren Lohnersatzrate für die jetzigen Leistungsempfänger nieder.

Private Altersvorsorge

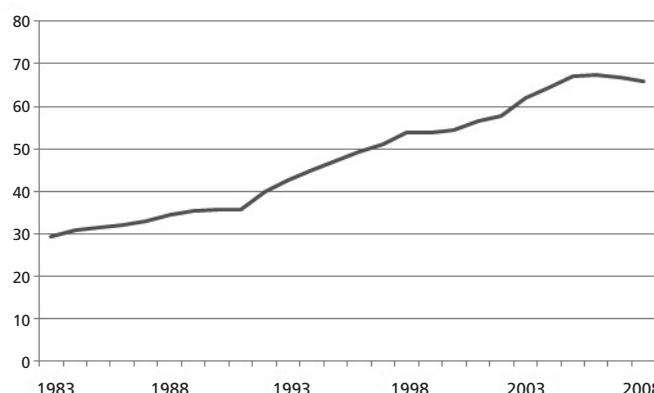
Die private Altersvorsorge wird durch Zulagen und Steuervergünstigungen gefördert (sogenannte Riester-Förderung). Förderberechtigt sind dabei u.a. Arbeitnehmer, Beamte, Arbeitslose sowie die Ehepartner von Riester-Sparern. Um die volle Riester-Förderung zu erhalten, muss ein gesetzlich festgelegter Anteil vom Einkommen im Riester-Vertrag gespart werden. Im Ergebnis soll die Alterssicherung von einer Säule (umlagefinanzierte Rentenversicherung) auf drei Säulen (zusätzlich die betriebliche und die private Altersvorsorge im Kapitaldeckungsverfahren) ausgedehnt werden.

Im Jahr 2004 wurde mit dem Nachhaltigkeitsfaktor, der das Verhältnis zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Rentnern berücksichtigt, erneut die Rentenformel modifiziert. Auch diese Maßnahme dämpft den Anstieg des Rentenniveaus.

Ein letzter wichtiger Baustein der Rentenpolitik des vergangenen Jahrzehnts ist die Einführung der Rente mit 67. Ab 2012 wird das Eintrittsalter für die abschlagsfreie Altersrente schrittweise erhöht und liegt ab dem Jahr 2029 bei 67 Jahren. Ein weiterer Korrekturfaktor in der Rentenformel sorgt dafür, dass der Beitragssatz bis 2030 nicht über 22% des sozialversicherungspflichtigen Bruttoeinkommens ansteigt.¹⁴ Diese Faktoren führen, dem Gedanken des Umlagesystems folgend, auch für zukünftige Generationen zu Senkungen der Lohnersatzrate.

Das deutsche Rentensystem war in den letzten Jahrzehnten deutlichen Än-

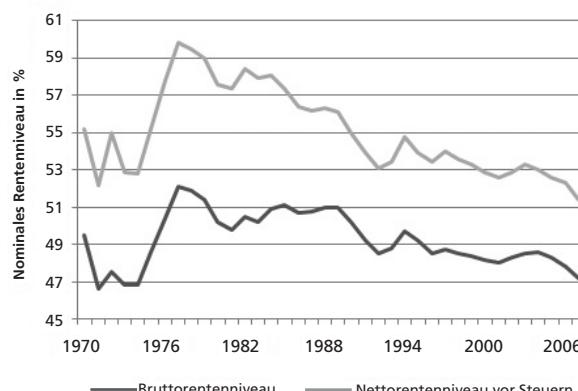
Abb. 2: Entwicklung des Rentnerquotienten



Verhältnis von Rentnern und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %. Renten wegen Alters ohne Erwerbsminderungsrenten. Ohne Beschäftigte bzw. Entgelte für eine Berufsausbildung oder während Rentenbezug oder einer Beschäftigung mit Entgelt in der Gleitzone oder Altersteilzeitbeschäftigung sowie ohne geringfügige Beschäftigung. Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung.

tolohnentwicklung ist das Umlageverfahren abhängig von der Entwicklung des Arbeitsmarktes und durch den intergenerationalen Aspekt abhängig von der demographischen Entwicklung. Steigende Arbeitslosigkeit und ein steigender Rentnerquotient begannen die Finanzierung des intergenerationalen Umlagesystems zu gefährden. Allerdings beinhaltet auch das Kapitaldeckungsverfahren demographische und finanzielle Risiken.⁷

Eine letzte große Erweiterung des Versichertengesamtkreises erfuhr die Rentenversi-

**Abb. 3: Entwicklung des nominalen Rentenniveaus**

Eigene Darstellung. Quelle: Statistisches Bundesamt, BMAS, Deutsche Rentenversicherung Bund.

derungen unterworfen, wobei die Reformdynamik in den letzten Jahren zugenommen hat. Dabei dient jede neue Reform auch der Evaluation voraus gegangener Veränderungen. Aber inwie weit wurden die erhofften Ziele erreicht? Welche Entwicklungen erfordern weitere Anpassungen?

Was die Reformschritte des vergangenen Jahrzehnts angeht, kann man einerseits durchaus von Erfolgen sprechen. Dies gilt beispielsweise für die Beitragsstabilisierung oder den Anstieg des Rentenzugangsalters.¹⁵ Andererseits bleiben aber zahlreiche offene Fragen. Erstens sagt die Zahl der abgeschlossenen Riester-Verträge (13,8 Millionen Verträge¹⁶) nichts über den Erfolg der Förderung privater Altersvorsorge aus. Interessant ist viel eher, ob die Steuermittel für Zulagen und Sonderausgaben- abzug überhaupt effektiv eingesetzt werden und tatsächlich zu einer erhöhten Ersparnis geführt haben. Empirische Untersuchungen nähren deutliche Zweifel daran.¹⁷

Zweitens ist das Vertrauen in die private Altersvorsorge keinesfalls ungetrübt. So wurden bereits bis Ende 2007 knapp eine Million Riester-Rentenversicherungsverträge wieder gekündigt.¹⁸ Zudem sehen sich die Anbieter der Kritik intransparenter Vertragskonditionen und hoher Kosten ausgesetzt.¹⁹

Drittens stellt sich die kritische Frage nach der konsequenten Umsetzung der beschlossenen Reformschritte. Zwar können verschiedene Faktoren in der Rentenformel zu Leistungskürzungen führen. Jedoch wurden diese dämpfenden Faktoren mehrfach aufgeschoben.

In den Jahren 2005 und 2006 verhinderte eine Schutzklausel eine Rentenkürzung. In den Jahren 2008 und 2009 wurden durch Aussetzen der Riester-Treppe außerplanmäßige Renterhöhungen durchgesetzt (Stichwort Rentengarantie). Eine Nachholung der dämpfenden Faktoren steht nach wie vor aus.²⁰ Auch die Diskussion über die Aufweichung oder gar Aussetzung der bereits beschlossenen

Rente mit 67 weist in diese Richtung. Vor dem Hintergrund einer alternden Wählerschaft ist zweifelhaft, ob die ausgesetzten Reformschritte überhaupt nachgeholt werden.

Sicher ist, dass die umlagefinanzierte Rentenversicherung auch zukünftig eine zentrale Rolle für die Alterssicherung in Deutschland spielen wird. Ihre Funktionsfähigkeit zu bewahren, bedeutet aber, sie zum einen an den Herausforderungen des demografischen Wandels auszurichten und die erforderlichen Anpassungen zum anderen von einer langfristigen Perspektive aus konsequent umzusetzen.

Anmerkungen

- 1 Lampert, H. und Althammer, J., 2004. Lehrbuch der Sozialpolitik. Heidelberg: Springer.
- 2 Börsch-Supan, A. und Wilke, C., 2003. The German Public Pension System: How it Was, How it Will Be. MEA Discussion Paper #34.
- 3 Blankart, C., 2008. Öffentliche Finanzen in der Demokratie. München: Vahlen.
- 4 Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), 2010. Deutschland in Zahlen 2010. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- 5 Vgl. Anm. 3.
- 6 Arnds, P. und Bonin, H., 2003. Frühverrentung in Deutschland: Ökonomische Anreize und institutionelle Strukturen, in M. Herfurth, M. Kohli und K. F. Zimmermann, (Hrsg.), Arbeit in einer alternden Gesellschaft, Leske + Budrich, Leverkusen, 65-91.
- 7 Vgl. Anm. 3.
- 8 Vgl. Anm. 1.
- 9 Vgl. Anm. 6.
- 10 Vgl. Anm. 2.
- 11 Der aktuelle Rentenwert wird heute mittels der Rentenformel im § 68 SGB VI (5) berechnet.
- 12 Vgl. Anm. 3.
- 13 Vgl. Anm. 2.
- 14 Vgl. Anm. 3.
- 15 Schnabel, R., 2008. Agenda 2010 und Rentenpolitik – Große Erfolge und drohende politische Risiken. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 77 (2008), 1, 98-107.
- 16 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), 2010. Riester-Rente krisenfest: 222.000 neue Verträge im zweiten Quartal 2010. Download: http://www.bmas.de/portal/47356/2010_08_11_riester.html.
- 17 Corneo, G., Keese, M. und Schröder, C., 2009. The Riester Scheme and Private Savings: An Empirical Analysis Based on the German SOEP. Journal of Applied Social Science Studies (Schmollers Jahrbuch) 129(2), 321-332.
- 18 Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Scheel, Irmgard Schewe-Gericke, Dr. Gerhard Schick, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Verbraucherschutz bei der geförderten Altersvorsorge. BT-Drucksache 16/11194. Download: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/111/1611194.pdf>.
- 19 Oehler, A., 2009. Alles „Riester“? Die Umsetzung der Förderidee in der Praxis; Gutachten im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes. Download unter http://www.vzbv.de/mediapics/altersvorsorge_gutachten_oehler_12_2009.pdf.
- 20 Schnabel, R.. Rentengarantie – Verrat an den Arbeitnehmern. FOCUS-Money Online vom 17. Mai 2009. Download: http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/tid-14232/rentengarantie-verrat-an-denarbeitnehmern_aid_398284.html.



Fachbeitrag

Grenzen der Zivilgesellschaft

Die Tafel-Bewegung in Deutschland

von Stefan Selke



Prof. Dr. phil. Stefan Selke lehrt Soziologie an der Hochschule Furtwangen University sowie an der Universität Karlsruhe. Daneben ist er als Autor und Publizist zu medien- und gesellschaftskritischen Themen tätig. Nach der Veröffentlichung der ersten soziologisch-analytischen Reportage über Tafeln mit dem Titel „Fast ganz unten“ initiierte er das Onlineportal www.tafelforum.de.

Tafeln sind die prominentesten Vertreter von Lebensmittelausgaben, die sich seit rund 18 Jahren in Deutschland systematisch entwickelt und verbreitet haben. Niemand weiß gegenwärtig, in welche Richtung sich das etablierte System von inzwischen rund 900 Tafeln und einer unbekannten Anzahl tafelähnlicher Einrichtungen („Brotkorb“, „Martinsladen“, „Caritsatt“ usf.) entwickelt.

Bei Tafeln erhalten Menschen, die zunächst ihre Bedürftigkeit nachweisen müssen, Lebensmittel spenden. Diese stammen zumeist aus Spenden von Lebensmittelgroß- und Einzelhändlern, zunehmend aber auch aus spendenfi-

nanzierten Zukäufen. Die direkt gegebenen Lebensmittel sind – folgt man dem Selbstbild der Tafelakteure – noch verzehrfähig, stehen aber kurz vor dem Ablauf des Mindesthaltsbarkeitsdatums oder haben Schönheitsfehler. Sie werden daher von „normalen“ Kunden im Supermarkt nicht mehr akzeptiert.

Die Tafeln verbreiteten sich seit ihrer Erstgründung 1993 rasch, der Anstieg ist seit der Einführung von „Hartz-IV“ 2005 signifikant (vgl. Abbildungen 1 und 2). Tafeln sind eine Mode, der Boom der Tafelbewegung hat zu einer auf den ersten Blick fast flächendeckenden Versorgung mit Tafeln in Deutschland geführt.

Dieser Blick ist jedoch trügerisch. Tatsächlich existieren gravierende regionale Disparitäten. Tafeln werden meist dort eröffnet, wo sich Menschen finden, die Tafeln gründen wollen und können, d.h. über Ressourcen wie Zeit, Geld oder Kontakte verfügen. Sie entstehen häufig nicht dort, wo sie gebraucht werden, d.h. dort wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht, sondern in vergleichsweise prosperierenden Regionen (vgl. Abbildungen 3 und 4).

Was bedeutet diese Entwicklung? Fest steht jedenfalls eines: Die Tafelbewegung darf nicht von der Sozialstaatssentwicklung getrennt betrachtet werden (vgl. Butterwegge 2010, Grotian 2010). Tafeln sind eine Signatur der Gegenwartsgesellschaft und können als Prototyp eines Freiwilligenstaates verstanden werden (Selke 2010: 322ff.). Es kommt zu grundlegenden Grenzverschiebungen, die im vorliegenden Beitrag skizziert werden. Dabei wird ein kritischer Blick auf die Institutionalisierung einer bürgerschaftlichen Bewegung geworfen, die in den letzten Jahren mit positiven Attributen geradezu überhäuft wurde, z.B. „Größte soziale Bewegung“, „Aushängeschild bürgerschaftlichen Engagements“ und „Ausdruck zivilgesellschaftlicher Verantwortung“.

Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung von Tafeln

Der rasante Ausbau des Tafelsystems kann nur verstanden werden, wenn die Einbettung in die kommunalpolitisch geprägte Debatte zum Thema „Bürgergesellschaft“ Berücksichtigung findet (vgl. Molling 2009: 157ff., Molling 2010: 57ff.). Die zentrale Forderung hierbei ist die Rückbesinnung auf die Gemeinschaft als Gegenentwurf zum radikalen Individualismus des Liberalismus.

Die Tafelbewegung wird meist ambivalent eingeschätzt. Der enorme Anstieg der Nachfrage nach Tafeln infolge der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Stichwort: Hartz-IV) führte im Jahr 2005 dazu, dass die gesellschaftliche Funktion und Bedeutung ihrer Arbeit zunehmend kritisch hinterfragt wurden. Steigende Armut und sinkende sozialstaatliche Leistungen ließen den Verdacht aufkommen, dass die allgegenwärtigen Schlangen vor den Ausgabestellen Ausdruck sozialpolitischer Versäumnisse sind und das Engagement der Tafelhelfer die sozialen Einschnitte lediglich abfedert, ohne die steigende Armut nachhaltig zu bekämpfen. Mit der Sozialreportage „Fast ganz unten“ (Selke 2008) kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung der Tafeln. Der damit ausgelöste Diskurs kreist um die von Lorenz (2010: 13) auf den Punkt gebrachte Frage, ob die Tafeln eine zeitgemäße Form von Solidarität zum Ausdruck bringen oder ob sie eine private und zivilgesellschaftlich effiziente Lösung für Probleme sind, die sozialstaatlich nicht mehr gelöst werden können respektive sollen.

Veränderte Motivstruktur des Ehrenamts

Die Kritik am Tafelsystem geht von einer grundsätzlichen Ambivalenz zwischen Sozialstaat und Barmherzigkeit aus. Statt



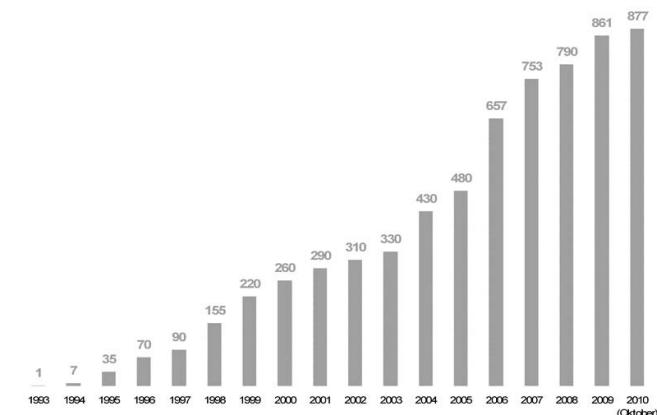
einer systematischen Darstellung der kritischen Dimensionen (vgl. dazu ausführlich Selke 2009 u. 2010) soll hier exemplarisch die Konvergenz zweier Trends in den Blick genommen werden: der veränderten Motivstruktur im Ehrenamt und des Rationalitätsmythos der „guten Tat“.

Wie zahlreiche empirische Studien zum Ehrenamt und eigene Daten aus aktuellen Forschungsprojekten zu Tafeln zeigen, orientieren sich freiwillige Helfer zunehmend an selbstwertdienlichen Motiven (Spaß, Sinnstiftung und Gefühl, gebraucht zu werden), an der Idee pragmatischer Sofort-Hilfe sowie einer flexiblen Projekthaftigkeit ihres Engagements. In den Hintergrund geraten hingegen nachhaltige konzeptionelle und sozialpolitische Interventionen. Die Folge dieser (strukturell) veränderten Motivlage ist eine Volatilität des Helfens. Denn die bei Tafeln von Freiwilligen geleiste-

sichtliche und weniger offensichtliche Aspekte getrennt behandelt werden (vgl. Selke 2008: 202ff.). Offensichtlich ist etwa die Tatsache, dass die meisten Tätigkeiten, die bei Tafeln anfallen (Lebensmittel besorgen, sortieren, lagern etc.) nur vom Umfang, nicht aber vom Prinzip her unbekannt sind. Für die vielen Helfer/innen ist es zudem leicht, sich in einer Bewegung zu engagieren, die einen derart positiv besetzten Imagefaktor aufweist. Neben diesen offensichtlichen Gründen für den Erfolg der Tafeln ist aus soziologischer Perspektive ein wesentlicher Erfolgsfaktor die scheinbar unangreifbare Legitimation der Tafeln über einen institutionalisierten Rationalitätsmythos (vgl. Selke 2010). Von Rationalitätsmythen kann man dann sprechen, wenn es einen regelhaften Zusammenhang zwischen sozial konstruierten Zielen und darauf ausgerichteten Mitteln gibt. Im Fall der Tafeln besteht das Ziel im Postulat der Verbindung einer ökologischen und einer sozialen Idee, d.h. der Umlaufteilung überflüssiger Lebensmittel an Bedürftige. Als Mittel wurde das meist auf ehrenamtliches Engagement basierende Freiwilligensystem der Tafeln etabliert, das seine Legitimität primär aus dem „Wegwerftabu“ für Lebensmittel und der zeitgeistkonformen Idee privat organisierter Wohlfahrt im Kontext einer Zivilgesellschaft bezieht. Der Erfolg der Tafeln lässt sich daher primär als Ergebnis sozialer Erwünschtheit und Ausdruck einer zeitgemäßen Chiffre des Sozialen klassifizieren, bei dem es um die gesellschaftliche Konstruktion von Postulaten sozialer Erwünschtheit über die Wirkung bzw. den Erfolg von Tafeln geht.

Das System der privaten Fürsorge und der Markt der Hilfsbereitschaft in der Form der Tafeln kann seine Legitimation und Motivation aus diesem Rationalitätsmythus beziehen. Aufgrund

Abbildung 2. Die Entwicklung der Lebensmitteltafeln in Deutschland – Eine Säulendiagrammdarstellung



Quelle: Bundesverband Deutsche Tafel e. V., <http://www.tafel.de>

des generalisierbaren Charakters dieser Rationalitätsmythen werden alle Formen von Relativierungen, insbesondere das Sprechen über Alternativen, weitgehend ausgeschlossen. Der sozial konstruierte Rationalitätsmythos wurde treffend von der ehemaligen Schirmherrin des Bundesverbandes „Deutsche Tafel e.V.“ zusammengefasst: „Tafeln sind ein Erfolgsmodell.“ Die ebenfalls gerne wiederholte Aussage des Bundesverbandes „Wir versorgen 1 Million Menschen“ in Verbindung mit der häufig zitierten Aussage „Wir möchten am liebsten, dass wir bald überflüssig sind“ zeigt, dass sich die Tafelaktivisten der Paradoxie ihres eigenen Tuns nicht hinreichend bewusst sind.

Grenzen des Erfolgs von Tafeln – Zur Zukunft des Sozialstaats

Die Tafeln sind als Notlösung erfolgreich – nicht aber als Lösung für das Armutproblem in einem reichen Land. Über den Rationalitätsmythos kommt es systematisch zur Instrumentalisierung bürgerschaftlich Engagierter, die den Weg zu einem „Minimalstaat“ (Butterwegge 2010: 77ff.) vorbereiten. Dies führt gleichzeitig zur Normalisierung statt zur Skandalisierung von Armut, dem Ausbau einer selbstbezüglichen Hilfeindustrie und der Etablierung von scheinnormalen sozialen Mikrokosmen (Göring-Eckardt 2010: 151).

Zwar bringen Tafeln prototypisch eine zeitgeistkonforme Form von Solidar-

Armenspeisung

Wie haben die „Tafeln“ sich vermehrt?



Abbildung 1: Die Entwicklung der Lebensmitteltafeln in Deutschland – Eine kartografische Darstellung

Quelle: Bundesverband Deutsche Tafel e. V., <http://www.tafel.de>, Stand: Juni 2008
Quelle: ZEIT Magazin, Daten-BV

te Hilfe ist – trotz aller Professionalisierungsmaßnahmen – eben nicht in verlässliche (z.B. sozialstaatliche) Strukturen eingebunden. Es kommt zu einer Verwechslung zwischen Aktivismus und Ursachenbekämpfung.

Fragt man nach den Gründen für den Erfolg der Tafeln, dann müssen offen-



Fachbeitrag

rität zum Ausdruck. Die Privatisierung elementarer Daseinsfürsorge im System der Tafeln zeigt jedoch, wie es zur unintendierten Übernahme von Verantwortlichkeiten für die elementare Existenzsicherung kommen kann (Selke 2010a). Wenn Autoren wie z. B. Kronenberg (2010) vorschlagen, den Bürgersinn zur Absicherung des Gemeinwohls gar in den Mittelpunkt aller Bemühungen zu rücken, dann wird hier eine elementare Grenzverschiebung deut-

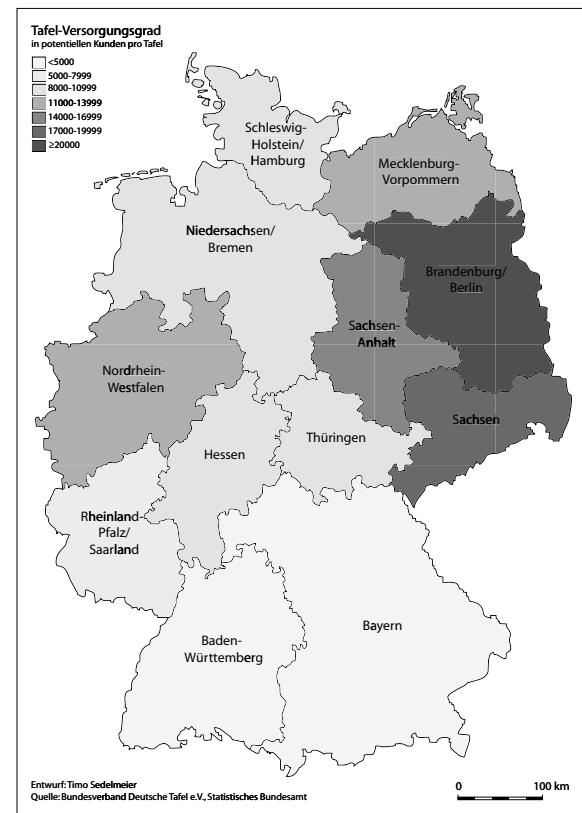
lich: Die schlechende Umwertung solidarischer Praktiken durch zivilgesellschaftliche Akteure, die, von Rationalitätsmythen der „guten Tat“ motiviert, an der Etablierung einer „Freiwilligen-Gesellschaft“ mitarbeiten. Es steht zu befürchten, dass in dieser Gesellschaft mittelfristig aus der staatlich garantierten Existenzsicherung ein auf Willkür und Instabilität beruhendes privates Versorgungssystem für die Mitbürger am unteren Rand der Gesellschaft wird.

Tafeln sind damit das Symptom eines „New Public Managements“ ohne Garantien für die Adressaten der dort engagiert geleisteten Hilfe. Hierdurch verschieben sich die Grenzen zwischen sozialstaatlicher Absicherung und privatem Almosenwesen. Die empirisch fundierte Dekonstruktion dieser Grenzverschiebung und ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über die konkreten Folgen dieses gesellschaftlichen Wandels stehen allerdings noch aus. ◆

Abbildung 3: Die Tafel-Dichte



Abbildung 4: Der Tafel-Versorgungsgrad



Literatur

- Butterwegge, Christoph (2010): Gerechtigkeit auf dem Rückzug. Vom bismarckschen Sozialstaat zum postmodernen Suppenküchenstaat? In: Selke, Stefan (Hg.): Kritik der Tafeln in Deutschland. Standortbestimmungen zu einem ambivalenten sozialen Phänomen, Wiesbaden, S. 73-89
- Göring-Eckardt, Katrin (2010): Warum sollen Tafeln politisch unterstützt werden? In: Lorenz, Stephan (Hg.), TafelGesellschaft. Zum neuen Umgang mit Überfluss und Ausgrenzung, Bielefeld, S. 137-151
- Grottian, Peter (2010): Die Arbeitslosigkeit und die Tafeln gleichzeitig abschaffen! Eine realistisch-unrealistische Utopie. In: Selke, Stefan (Hg.), Kritik der Tafeln in Deutschland. Standortbestimmungen zu einem ambivalenten sozialen Phänomen, Wiesbaden, S. 309-313
- Kronenberg, Volker (2010): Patriotismus 2.0. Gemeinwohl und Bürgersinn in der Bundesrepublik Deutschland, München
- Lorenz, Stephan (2010) (Hg.): TafelGesellschaft. Zum neuen Umgang mit Überfluss und Ausgrenzung, Bielefeld
- Molling, Luise (2009): Die Tafeln und der bürgerliche Diskurs aus gouvernementalistischer Perspektive. In: Selke, Stefan (Hg.), Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, Wiesbaden, S. 157-172
- Molling, Luise (2010): Beförderte die neuere Arbeitsmarktpolitik den Erfolg
- Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster
- Selke, Stefan (2009) (Hg.): Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, Wiesbaden
- Selke, Stefan (2010) (Hg.): Kritik der Tafeln in Deutschland. Standortbestimmungen zu einem ambivalenten sozialen Phänomen, Wiesbaden
- Selke, Stefan (2010a): Die Existenzsicherung wird privatisiert. In: neue caritas. Politik. Praxis. Forschung, Heft 6, S. 17-19



Wie hat sich der Staat in den letzten 20 Jahren gewandelt?

Vielfältige Antworten auf eine zentrale politisch-ökonomische Frage

von *Tim Engartner*



Dr. Tim Engartner ist Akademischer Rat am Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften und Didaktik der Wirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen.

„Wie hat sich der Staat Ihrer Meinung nach in den letzten 20 Jahren gewandelt?“ So lautete die Frage an die auf den folgenden Seiten abgebildeten Persönlichkeiten. Ihre Aussagen verdeutlichen, wie unterschiedlich – und mitunter gegensätzlich – Wahrnehmung und Wertung der Zeitgeschichte ausfallen können und welche Zugänge es für eine unternichtliche Umsetzung des Themenfeldes „Staatlichkeit im Wandel“ geben kann.

Ronald Pofalla, Chefs des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben, identifiziert die Wiedervereinigung Deutschlands als die entscheidende politische Zeitenwende der beiden vergangenen Jahrzehnte. Er lobt die friedliche „Freiheitsrevolution“ von 1989 und mahnt Zuversicht bei der Bewältigung der gegenwärtigen Aufgaben an.

Heribert Prantl, der seit 1995 das Politikressort der Süddeutschen Zeitung verantwortet und für seine Veröffentlichungen u.a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis und dem Kurt-Tucholsky-Preis ausgezeichnet wurde, widmet sich dem in den letzten beiden Jahrzehnten gewachsenen Demokratieverdruss. Er verweist auf die rückläufige Wahlbeteiligung, diagnostiziert aber zugleich eine „Entgrenzung“ der Politik, indem er die Entstehung einer modernen Zivil- und Protestgesellschaft im Zusammenhang mit den Debatten um „Stuttgart 21“ und die „Sarrazin-Thesen“ ausmacht.

Der unlängst zum zweiten Mal mit dem Thyssen-Preis ausgezeichnete „Elitenforscher“ Michael Hartmann führt in seinem mit „Elitäre Rekrutierung des politischen Spitzenpersonals“ über-

schriebenen Statement aus, dass sich die soziale Rekrutierung der politischen Eliten massiv gewandelt habe. War der Anteil der aus Bürger- oder Großbürgertum stammenden Kabinettsmitglieder schon unter der rot-grünen auf ca. 50 Prozent angestiegen, erreichte er in der ersten Regierung Merkel sogar einen Anteil von zwei Dritteln.

Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler an der Universität zu Köln, fokussiert auf (s)ein zentrales Forschungsfeld: die Sozialstaatsentwicklung. Seine Feststellung, dass sich der Sozialversicherungsstaat zum Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat gewandelt habe, stellt in gewisser Weise das Kondensat seiner beiden jüngsten Bücher mit den Titeln „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ sowie „Armut in einem reichen Land“ dar.

Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, *Michael Hüther*, erkennt die Finanz- und Wirtschaftskrise als „spontane Unordnung“, die Zweifel an dem Koordinationsmechanismus von Märkten geschürt hat. Er argumentiert, dass die Verwerfungen an den internationalen Kapitalmärkten sowohl einem fragwürdigen staatlichen Regelwerk als auch einer (zu) beschränkten Handlungskompetenz der Finanzaufsicht geschuldet seien.

Die Wiedervereinigung Deutschlands

„Die Wiedervereinigung Deutschlands ist heute wie vor 20 Jahren ein Grund zur Freude. Die Überwindung der Teilung und Konfrontation hat für alle Deutschen Freiheit und Selbstbestimmung gebracht. Das Grundgesetz und die Soziale Marktwirtschaft, die beiden zentralen Pfeiler unserer Gesellschaft, haben sich nicht zuletzt beim Zusammenwachsen der beiden unterschiedlich geprägten Teile Deutschlands in den letzten 20 Jahren bewährt. Heute sind wir reicher an gemeinsamer Geschichte und gemeinsamen Erfahrungen. Der Mut der Menschen zur Freiheitsrevolution in Ostdeutschland hat dafür die Türen geöffnet. Deutschland profitiert heute als Wachstumslokotive in Europa ganz entscheidend von den tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungsschüben seit der Wiedervereinigung. Wir dürfen und werden uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre bestärken uns vielmehr, auch die aktuellen Herausforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung, aus dem Klimawandel und der Globalisierung ergeben, als Chancen zu begreifen und mit Zuversicht zu gestalten.“

Ronald Pofalla bekleidet seit Oktober 2009 das Amt des Chefs des Bundeskanzleramts und ist zusätzlich Bundesminister für besondere Aufgaben im Kabinett Merkel II. Von 2004 bis 2005 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 2005 bis 2009 Generalsekretär der CDU.





Fachbeitrag

Demokratie an der Wahlurne!?

„Die Zahl der Leute, welche die Demokratie nur für eine Kiste halten, hat abgenommen. Die Kiste ist 90 Zentimeter hoch, 35 Zentimeter breit und hat oben einen Deckel mit Schlitz. Alle paar Jahre, in Deutschland immer an einem Sonntag, kommen viele Leute zu diesen Kisten. Die Kiste heißt „Urne“, also genauso wie das Gefäß auf dem Friedhof, in dem die Asche von Verstorbenen aufbewahrt wird. Das ist ein sehr irreführender Name, denn die Demokratie wird ja an diesen Wahltagen nicht verbrannt und beerdigt; sie wird, wenn man es pathetisch sagen will, an diesen Tagen neu geboren.“



Demokratie darf sich nicht allein auf die Wahltag konzentrieren. Demokratie ist eine Veranstaltung, die an jedem Tag stattfindet. Dieses Bewußtsein verändert Staat und Demokratie. Es ist dies ein neues bürgerliches Bewußtsein, das sich allenthalben in Volksbegehren (Schule, Rauchverbot), im Widerstand gegen Großprojekte („Stuttgart 21“) oder auch in der schier entfesselten Zustimmung zu Sarrazin äußert.

Die moderne Zivil- und Protestgesellschaft erhitzt und informiert sich im Internet, dort konstituiert und organisiert sie sich, dort findet sie Zuspruch, verschafft sie sich Expertenwissen. Sie wird diskussionsfähig und streitbar – also politisch. Sie macht aber dann die Erfahrung, dass sie an Grenzen stößt, dass sie über ihre Kreise nicht hinaus dringt. Sie trifft auf die klassisch repräsentative Politik, die ihr wenig Gehör schenkt und ihr keinen Zutritt gewährt. Bei den engagierten Bürgern wächst daher ein Zorn, der über die gewohnte Politikerkritik und Parteienverachtung hinausgeht. Andererseits wächst bei den Partei- und Regierungspolitikern der Zynismus, weil sie alles, was die Bürger jetzt kritisieren, längst durchgesprochen, abgestimmt, genehmigt und erklärt zu haben glauben. Es wird gelingen müssen, den Zorn und den Zynismus zu mildern.“

Heribert Prantl leitet seit 1995 das Politikressort der Süddeutschen Zeitung. Bevor er sich der Publizistik verschrieb, war er als Richter und Staatsanwalt an verschiedenen bayerischen Amts- und Landgerichten tätig. Für seine Veröffentlichungen wurde er mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis, dem Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik und mit dem Erich-Fromm-Preis.

Bilder des Staates

Wie die Statements in den grau hinterlegten Kästen zeigen, variiert die Wahrnehmung des Staates immens. Immer häufiger wird der Staat als eigenwilliger Leviathan wahrgenommen, der seine Bürger/innen mit übergebührlich hohen Steuern und Sozialabgaben drangsaliert, unternehmerische Tätigkeit erschwert oder den Datenschutz zu Gunsten von Google, Facebook und Telekommunikationsanbietern aushöhlt.

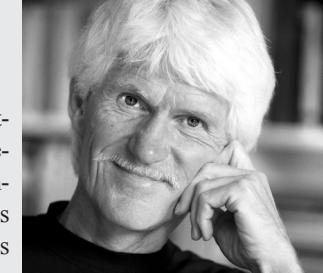
Das mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ eingeläutete Ende der Systemkonkurrenz sowie die Globalisierung der Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte veränderten die ökonomischen Rahmenbedingungen, die politische Grundhaltung und schließlich auch die Akzeptanz der noch immer zuvorderst nationalstaatlich verfassten Wirtschafts- und Sozialsysteme. Mitunter wird von einer Transformation des keynesianischen Staates in einen „schumpeterischen“

Leistungsstaat“ (Bob Jessop) gesprochen. Die Öffnung der Märkte und die verschärfte Konkurrenz auf Seiten der Unternehmen wie auch auf Seiten der Arbeitnehmer/innen haben insbesondere mit Blick auf die Steuer- und Sozialsysteme einen Benchmarking-Prozess ausgelöst. Historisch tradierte Merkmale des Steuer- und Sozialsystems – wie etwa dessen paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer – stehen seither zur Disposition.

Seit den 1990er-Jahren wurden die „Pathologien politischer Steuerung“ (Fritz Scharpf) intensiv diskutiert, so dass sich die Anschauungen über den Staat vom „Sicherheits- und Vorsorgestaat“ in Richtung von zunehmender „Freiheit“ und „Selbstverantwortung“ der Bürger/innen verschoben. Sicht- und spürbarer Ausdruck dieses Wandlungsprozesses ist u.a. der ungebrochene Trend in Richtung Privatisierung: Immer mehr Schwimmbäder, Krankenhäuser, Seniorenheime und Wasser-, Klär- oder Elektrizitätswerke werden dem Markt überantwortet. Privatisiert werden aber zunehmend auch Schulen, Universitäten, Teilebereiche der Armee sowie Luft- und Raumfahrtbehörden. Dabei begründet man die profitorientierte Ausrichtung der vormals

Elitäre Rekrutierung des politischen Spitzenpersonals

„Eine der bemerkenswertesten Veränderungen, die der deutsche Staat in den letzten zwei Jahrzehnten erlebt hat, betrifft die soziale Rekrutierung seines politischen Spitzenpersonals. Über ein halbes Jahrhundert galt die Regel, dass die Mitglieder der Bundesregierung zu über 60 Prozent aus den breiten Mittelschichten und der Arbeiterschaft kamen und nur zu einem guten Drittel aus dem Bürgertum. Großbürgerkinder bildeten eine seltene Ausnahme. Das hat sich binnen weniger Jahre dramatisch geändert. Stieg der Anteil der aus Bürger- oder Großbürgertum stammenden Kabinettsmitglieder schon unter der rot-grünen Bundesregierung auf ca. 50 Prozent an, erreichte er in der ersten Regierung Merkel sogar einen Anteil von zwei Dritteln, darunter mit der Leyen und zu Guttenberg auch drei ausgesprochene Großbürgerkinder. Nach der Wahl 2009 veränderte sich die Gesamtrelation zwar nicht, die Zahl der Arbeiterkinder sank aber von vier auf nur noch einen, ein historischer Tiefpunkt, während sich gleichzeitig das Gewicht der Großbürgerkinder noch einmal deutlich erhöhte. Ihre Zahl blieb mit drei zwar gleich, sie leiten nun aber, und das gab es zuvor auch noch nie, drei der zentralen Ministerien, das des Inneren, das der Verteidigung und das für Arbeit und Soziales.“



Prof. Dr. Michael Hartmann ist Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. In seinen Büchern „Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich“, „Elitesoziologie. Eine Einführung“ und „Der Mythos von den Leistungseliten“ dokumentiert er die Ergebnisse seiner langjährigen Forschungstätigkeit. Unlängst wurde er zum zweiten Mal mit dem Thyssen-Preis für den besten sozialwissenschaftlichen Aufsatz ausgezeichnet.



Vom Wohlfahrts- zum Wohltätigkeitsstaat

„Der gesellschaftliche Umbruch in Ostmitteleuropa sowie die deutsche Vereinigung bildeten eine historische Zäsur der Staatsentwicklung: Fast scheint es so, als sei dem Sozialstaat nach dem „Sieg über den Staatssozialismus“ der Krieg erklärt worden. Seither wandelt sich der Sozialversicherungsstaat zum Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat. Perspektivisch droht unser Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (z.B. Altersvorsorge durch Versicherungspolicen der Privatassekuranz). Dagegen stellt der „postmoderne“ Sozialstaat nur noch euphemistisch „Grundsicherung“ genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, überlässt sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter/innen. Die ehrenamtliche Tätigkeit bei den „Tafeln“, Spenden für wohltätige Zwecke und das Stiftungswesen haben offenbar gerade deshalb wieder Hochkonjunktur, weil man den Sozialstaat demonstriert und dafür Ersatzinstitutionen braucht. Soziales, Bildung und Kultur dürfen aber nicht von der Spendierfreude privater Unternehmen, Mäzene und Sponsoren abhängig werden.“

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt sind seine Bücher „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ sowie „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ erschienen. Darin kritisiert er den „Um- und Abbau des Sozialstaates“.



meist gemeinwirtschaftlich organisierten Bereiche mit der Notwendigkeit, die Effizienz zu steigern, Synergieeffekte zu erzielen und Organisationsstrukturen zu „verschlanken“.

den verschärften internationalen Wettbewerb aufgrund vergleichsweise hoher Arbeitskosten, Sozialstandards und -belastungen an Boden verloren.

Vielschichtigkeit der „Sozialen Frage“

Zuletzt haben die Verwerfungen an den internationalen Kapitalmärkten gezeigt, welche Krisen „entbettete Märkte“ (Karl Polanyi) durch ihre (Dys-)Funktionalitäten erzeugen können. Die volkswirtschaftlichen Krisensymptome werden jedenfalls noch lange Zeit sicht- und spürbar bleiben – in Form anhaltend hoher Arbeitslosenzahlen, abgeschwächter Wachstumsraten sowie haushalterischer Engpässe auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen. Mit diesen Herausforderungen werden sich künftig insbesondere die Sozialsysteme konfrontiert sehen. Im Rahmen der Debatte um deren „Modernisierungsbedarf“ sehen sich diejenigen, die an sozialpolitischen Errungenschaften festhalten, dem Vorwurf ausgesetzt, als rückständige Traditionallisten einer antiquierten politischen Agenda nachzuhängen. Denn in der Tat hat der „Standort Deutschland“ durch

Nur in der Krise ist der Staat gefragt

„Die große Finanz- und Wirtschaftskrise, die als spontane Unordnung grundlegende Zweifel an dem Koordinationsversprechen unserer kollektiven Systeme begründete, hat damit auch die Struktur der Staatstätigkeit akzentuiert. Zum einen ist deutlich geworden, dass der starke Staat seine Qualität und seine Leistung vor allem durch kluge und sanktionsbewehrte Regeln unter Beweis stellt. Beides war fragwürdig, denn die Finanzmarktkrise offenbarte Lücken in und Fehlsteuerung in gut gemeinten Regelwerken ebenso wie die beschränkte Handlungskompetenz der Finanzaufsicht. Zum anderen erlebten wir, dass mit dem Krisenhandeln der Staat seine Funktion als Versicherung gegen große und unkalkulierbare Risiken, die weder für den einzelnen noch über Märkte abzusichern sind, effizient erfüllen musste. Das ist gut gelungen. Krisenpolitik gehört – freilich als nur temporäre, gelegentlich zu erfüllende Aufgabe – zu den Staatsfunktionen. Erfolgreiche Krisenpolitik setzt aber vor allem achtsame Regulierungspolitik und stetige Finanzpolitik in der Normalität voraus. Insofern begründet die Krise insbesondere die Herausforderung, in ruhigen Zeiten auf fiskalische Überdehnung zu verzichten und nachhaltig auf Investitionen zu setzen. Diese Botschaft ist noch nicht bei allen angekommen.“

Prof. Dr. Michael Hüther ist Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Außerdem ist er Honarprofessor an der European Business School in Oestrich-Winkel. Darüber hinaus ist er Mitglied im Vorstand der Atlantik-Brücke, im Verwaltungsrat des TÜV Rheinland Berlin Brandenburg Pfalz e.V., im Aufsichtsrat der Georgsmarienhütte GmbH sowie der Allianz Global Investors und im Kuratorium der Friedrich und Isabel Vogel-Stiftung.





Wandel des Staates als Herausforderung für die Didaktik der Politischen Bildung

Von *Andreas Klee, Luisa Lemme, Andreas Lutter*



Dr. Andreas Klee ist Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik und Leiter der Arbeitsgruppe „Staatswandel und Politische Bildung“ im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen.

Befunde zur Alltagswahrnehmung von Staatlichkeit lassen erahnen, dass diese sich noch aus dem „Goldenen Zeitalter des Staates“ der 1960er und 1970er Jahre speisen. Aktuelle Forschungsergebnisse – hier vor allem im Rahmen des SFB 597 „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen – zeigen allerdings, dass Staatlichkeit sich durch fort dauernde und komplexe Prozesse der Privatisierung und/oder Internationalisierung wandelt (vgl. Genschel & Zangl 2008). Aus der Perspektive der Politischen Bildung muss der wissenschaftlich konstatierte Wandel des Staates als Paradigmenwechsel verstanden werden, der es nötig macht, Staatlichkeit diffe-

renzierter als bisher zu betrachten. Zielsetzung muss es sein, bei Lernenden Kompetenzen anzubauen, die es ihnen ermöglichen, den „gewandelten und sich stetig wandelnden Staat“ verstehen (Sehen), beurteilen (Urteilen) und mitgestalten (Handeln) zu können. Die schulische politische Bildung steht hierbei vor der komplexen Herausforderung das Themenfeld „Staat“ didaktisch neu zu rekonstruieren sowie gegebenenfalls bereits vorhandene Überlegungen in Form von Lehr- und Lernmaterialien zu überdenken. Hierzu sollen nachfolgend erste Hinweise gegeben werden.

Dimensionen von Staatlichkeit und ihr Wandel

Als Bezugspunkt der Analyse des Wandels dient der in den OECD-Ländern der 1960/70er Jahre vorherrschende demokratische Rechts- und Interventionsstaat (im Folgenden *DRIS*). Dieser war in seiner „Blütezeit“ in Bezug auf die Entscheidungs- und Organisationsverantwortung für die Erbringung normativer Güter, wie Sicherheit, Freiheit oder Mitbestimmung, nicht nur letzt-, sondern nahezu alleinverantwortlich. Diese Alleinverantwortlichkeit scheint dem Staat – bei Betrachtung der letzten Dekaden seiner Entwicklung – zusehends abhanden zu kommen. Genauer beschrieben werden kann der sich vollziehende Wandlungsprozess des *DRIS* entlang von vier Dimensionen von Staatlichkeit (Ressourcen, Recht, Legitimation, Intervention) und der darin zu erbringenden normativen Güter (Sicherheit, rechtliche Gleichheit und Freiheit, demokratischer Selbstbestimmung, soziale Sicherung und Ausgleich) sowie durch die Be trachtung zweier Entwicklungsebenen



moderner Staatlichkeit: räumlich (national-international) und modal (staatlich-private) (vgl. Leibfried et al. 2004: 6ff.; Genschel, Leibfried & Zangl 2006: 4f.).

Die Analyse staatlichen Wandels entlang dieser Parameter orientiert sich wesentlich an drei Leitthesen (vgl. Genschel, Leibfried und Zangl 2006: 7ff.), die zwischenzeitlich durch erste Ergebnisse geschärft werden konnten (vgl. SFB 597 2009): Die *Verlagerungsthese* ging von der Annahme aus, dass sich die Verantwortung des *DRIS* gegenüber der Erbringung normativer Güter schrittweise zu Gunsten internationaler und privater Akteure verschiebt. Hier wurde festgestellt, dass sich dieser Wandel nicht, wie ursprünglich erwartet, in erster Linie als Verlagerung von Verantwortung aus dem Staat heraus in neue internationale und/oder private Strukturen jenseits des Staates, sondern als Anlagerung neuer Strukturen um den Staat herum vollzieht. Der Staat bleibt für die Erbringung normativer Güter zentral und scheint dabei auch vorerst unersetztlich.

Im Rahmen der *Korridorthese* wurde angenommen, dass sich der jeweilige politische Gestaltungsspielraum der Staaten verengt. Diese Konvergenzprozesse resultieren aus Privatisierung und Internationalisierung, die zur Erbringung der normativen Güter in den OECD-Staaten gleichermaßen erfolgen. Die Ergebnisse hierzu divergieren. Auf der modalen Achse kommt es zu der erwarteten Annäherung, gleichwohl aber nicht auf der räumlichen Achse (vgl. SFB 597 2009). D. h. die Verantwortungsverteilung zwischen staatlichen und privaten Akteuren ist bezüglich der Erbringung normativer Güter im Staatenvergleich angenähert, bezüglich der Verteilung zwischen nationalen und internationalen Akteuren kam es jedoch zur gegenläufigen Entwicklung.

Schließlich ging die *Zerfaserungsthese* davon aus, dass die Entwicklungen innerhalb der vier verschiedenen Dimensionen weder gleichförmig noch gleichgerichtet voranschreitet. Diese These konnte belegt werden. Der *DRIS* zerfasert, aber er bleibt dennoch zentral: „Um den *DRIS* herum haben sich seit den 1970er Jahren zusätzliche, teils komplementäre, teils konkurrierende nicht-staatliche Strukturen angelagert, in de-

nen Verantwortung für die Erbringung normativer Güter übernommen wird“ (SFB 597 2009). Wenn auch Entscheidungs- und Organisationsverantwortung nicht mehr allein beim Staat liegen, bleiben sie dennoch an ihn gekoppelt. Die Letztverantwortung liegt weiter beim *DRIS*.

Aus politikdidaktischer Perspektive muss der fachlich konstatierte Wandel von Staatlichkeit als einschneidende Entwicklung ernstgenommen werden. Das Kernkonzept Staatlichkeit leistet einen Beitrag für die Erklärungs- und Reflexionsfähigkeit im gesellschaftlich-politischen Bereich (vgl. Lange 2008: 251). Reflektierte Anspruchs- und Loyalitätsvorstellungen über die Rolle und den Wandel von Staatlichkeit müssen als eine Voraussetzung für die politische Orientierung und Teilhabe angesehen werden. Um diesem Bildungsauftrag didaktisch und methodisch gerecht zu werden, wird im Folgenden die Erhebung der im Alltag vorhanden Vorstellungsbilder von Lernenden (und in einem weiteren Schritt auch der Lehrenden) zum Gegenstand „Staatlichkeit“ als notwendig angenommen und als Ausgangspunkt der didaktischen Strukturierung (Werkstatt) dieses Themenfeldes etabliert.

Hinweise zu politischen Vorstellungsbildern von Staatlichkeit

Erste Annahmen zu politischen Vorstellungsbildern von Staatlichkeit lassen sich Untersuchungen entnehmen, die unter anderem die Erwartungen von Lernenden an den Staat und das Vertrauen von Jugendlichen in staatliche Institutionen abbilden. So stellt etwa die von der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) 1999 durchgeführte Civic Education Study (CES) diesbezüglich fest, dass Aufgaben, wie die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen, die Reduzierung von Einkommensungleichheiten und die Kontrolle über Preisbildung eindeutig im Verantwortungsbereich des Staates verortet werden (vgl. Torney-Purta u.a. 2001: 70). Diese „verantwortungsübertragende Rollenzuschreibung“ an den Staat wird durch Ergebnisse der Shell-Jugendstudien von 2006 und 2010 be-

stätigt. Diese dokumentieren zudem eine Differenzierung hinsichtlich der Bewertung einzelner staatlicher Akteure. So ist „das Vertrauen gegenüber unabhängigen staatlichen Institutionen, wie etwa Polizei, Gericht oder der Bundeswehr, [...] bei Jugendlichen überdurchschnittlich ausgeprägt. Der sichtbar werdende Vertrauensverlust richtet sich vielmehr an die Parteipolitik und damit natürlich auch anderen Repräsentanten“ (Schneekloth 2010: 142). Diese „hohe Erwartungshaltung vs. niedrige Vertrauenswürdigkeit – Konstellation“ deutet insgesamt auf mehrdeutige und zu Teilen brüchige Vorstellungsbilder hin (vgl. hierzu auch Weißeno u.a. 2010: 96). Eine genauere Bestimmung dieses Effekts steht bislang allerdings noch aus. Diese könnte mit folgenden Thesen angestrebt werden.

Die *Polarisierungsthese* nimmt an, dass die Lernenden ganzheitliche konsistente Vorstellungen zu Staatlichkeit entwickeln. Sie untergliedert sich in zwei Unterthesen. Die *Monopolisierungsthese* nimmt diesbezüglich an, dass der Staat die Institution darstellt und darstellen sollte, die über die alleinige Verantwortung verfügt. Demgegenüber steht die *Marginalisierungsthese*, die davon ausgeht, dass Schüler veränderte Anspruchs- und Loyalitätsvorstellungen entwickelt haben, die privaten Akteure oder soziale Bewegungen zunehmend „politisieren“ und dadurch staatliche Herrschaft als randständig erachten. Diese angenommenen Vorstellungsbilder verleiten zu unterkomplexen Zuschreibungen von Handlungsmöglichkeiten und irrealen Erwartungshaltungen an staatliche Akteure und Institutionen. Sie lassen eine differenzierte Wahrnehmung moderner Staatlichkeit vermissen und tendieren zur Bildung von Voraus- oder Vorurteilen.

Die *Fragmentierungsthese* liegt quer zu den zuvor entwickelten Hypothesen. Sie nimmt an, dass Vorstellungen von Staatlichkeit bereichsspezifisch ausdifferenziert sein können. Dadurch entstehen brüchige Vorstellungsbilder, die sowohl monopolisierende als auch marginalisierende Staatszuschreibungen beinhalten. Beide Pole bleiben als gegenläufige Erklärungskonzepte nebeneinander bestehen und beeinträchtigen das Verstehen und Beurteilen von Staatlichkeit.



Didaktische Werkstatt

Politikdidaktische (Entwicklungs-)Aufgaben

Die zuvor dargestellten Ergebnisse und Annahmen haben Konsequenzen für die Didaktik der Politischen Bildung. Was die erworbenen Erkenntnisse zur Wandlung des Staats für politisches Lehren und Lernen bedeutet, bildet allerdings ein Desiderat. Die diesbezüglich anstehenden Aufgaben sind

- die Anregung einer Theoriedebatte über die didaktische und methodische Relevanz des Phänomens „Staatswandels“;
- die Entwicklung und Erprobung von Forschungsmethoden zur Diagnose von lernrelevanten Vorstellungsbildern im Kontext „Staatswandel“,
- die Evaluation von bestehenden Bildungsmaterialien im Kontext der Befunde zum „Staatswandel“,
- die Entwicklung von Bildungsmaterialien und Bildungsangeboten im Lern-Kontext „Staatswandel“.

Werkstatt: Die Planung von Staatlichkeit im Wandel als Lern-Kontext

Nachfolgend soll exemplarisch illustriert werden, welche Konsequenzen aus dem zuvor Aufgezeigten für die unterrichtliche Strukturierung des Gegenstandsbereichs „Staat“ entstehen könnten.

Ausgangspunkt dieser vorläufigen Überlegungen bilden die entwickelten hypothetischen Vorstellungsbilder, die nachfolgend als exemplarischer Ausgangspunkt für die Entwicklung von Planungsfragen für den Politikunterricht angenommen werden. Im Rahmen des Vorstellungsbilds „Monopolisierung“ könnten nachfolgende Alltagskonzepte angenommen werden. Im Rahmen des Vorstellungsbilds „Monopolisierung“ könnten nachfolgende Alltagskonzepte angenommen werden:

- Der Staat besitzt das Herrschafts-Monopol.
- Der Staat ist der zentrale Akteur beim Herstellen von persönlicher und sozialer Sicherheit.
- Der Staat ist der zentrale Akteur zur Förderung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

Hieran anknüpfend erfolgt die Strukturierung der wissenschaftlichen Erkennt-



Dr. Andreas Lutter ist Akademischer Rat für Politikwissenschaft und ihre Didaktik und Mitglied der Arbeitsgruppe „Staatswandel und Politische Bildung“ im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen.



Luisa Lemme ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe „Staatswandel und Politische Bildung“.

nisse aus der Perspektive der Vermittlung. Ziel dieser Analyse ist es, den Gegenstandsbereich so zu strukturieren, dass die vorliegenden fachlichen Aussagen pointiert dargestellt werden können und die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben. Im Hinblick auf den Lern-Kontext „Staatlichkeit“ tritt wie zuvor aufgezeigt hierbei vor allem die Figur des Wandels in den Vordergrund. Exemplarische lernrelevante Fachkonzepte könnten sein:

- Der Staat ist einer von vielen Akteuren, die Herrschaft ausüben.
- Nicht-staatliche Akteure gewinnen an Einfluss.
- Die Internationalisierung und Privatisierung von Herrschaft nimmt zu.

Aus der Zusammenschau der (angenommenen) alltäglichen und fachlichen Perspektiven auf Staatlichkeit kristallisiert sich die didaktische Unterrichtsfür der Dissonanz heraus. Die Vermittlung zwischen den Fachthesen und hypothetischen Vorstellungsbildern des Alltags wird daher als zentrale Aufgabe bei der Strukturierung des Unterrichts angenommen. Damit ist die Zielsetzung verbunden, didaktische und methodische Ansatzpunkte für die Didaktisierung der relevanten fachlichen Erkenntnisse und alltagsweltlichen Zuschreibungen zu

identifizieren. Geleitet wird dieses Vorgehen durch die nachfolgend dargestellten Planungsfragen:

- Welche Korrespondenzen zwischen fachlichen Erkenntnissen und lebensweltlichen Vorstellungen können aus der Perspektive der Vermittlung identifiziert werden?
- Durch welche Spezifika kann das Verhältnis von Vorstellungen und politikwissenschaftlichen Erklärungskonzepten im Kontext Staatlichkeit charakterisiert werden?
- Können bereichsspezifische Gemeinsamkeiten und Begrenztheiten im Verhältnis von Vorstellungen und fachlichen Erkenntnissen herausgearbeitet werden?
- Welche förderlichen und hinderlichen Vorstellungen im Hinblick auf die Vermittlung von Staatlichkeit können dabei expliziert werden?

Die vorherigen Planungsschritte münden in der Frage nach der geeigneten Gestaltung einer Lernumgebung. Zielsetzung ist es dabei, die vorhandenen Vorstellungen transparent zu machen und ihre Relevanz für das Verstehen (Sehen), Beurteilen (Urteilen) und Mitgestalten (Handeln) auszudeuten (s.o.). Bezüglich der Identifikation geeigneter Strategien für



Didaktische Werkstatt

eine Förderung des avisierten Lernerfolgs werden hier Conceptual Change Theorien vorgeschlagen (vgl. Nussbaum & Novick: 1982), die zu handlungsleitenden Fragen umgeformt werden können:

- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden ermöglichen es, Eigenheiten und Unterschiede zwischen fachlichen und alltäglichen Vorstellungsbereichen zu kontrastieren?
- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden können Alltagsvorstellungen zu Tage fördern und darin vorhandene Gemeinsamkeiten zwischen fachlichen Vorstellungen und Schülervorstellungen als Brücken zum Verständnis nutzen?
- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden können Widersprüche zwischen lebensweltlichen und wissenschaftlichen Vorstellungen in größeren Zusammenhängen auflösen?
- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden ermöglichen es Schülern,

ihre alltagsweltlichen Vorstellungen im Hinblick auf deren Relevanz für die Wahrnehmung von Staatlichkeit zu reflektieren.

Literatur

- Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008) Transformations of the State – From Monopolist to Manager of Political Authority, TranState Working Papers Nr. 76, Bremen.
- Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2007) Die Zerfasierung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20-21/2007, 10-16.
- Lange, Dirk (2008) Kernkonzepte des Bürgerbewusstseins – Grundzüge einer Lerntheorie der politischen Bildung. In: Georg Weißeno (Hg.) Politikkompetenz – was Unterricht leisten kann, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 245-258.
- Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (2006) Transformation des Staates, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Nussbaum, Joseph/Novick, Shimson (1982). Alternative frameworks, conceptual conflict, and accommodation: Toward a principled teaching strategy. In: Instructional Science, 11, 183-200.
- Schneekloth, Ulrich (2010) Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hg.) Jugend 2010, Frankfurt/M.: Fischer Verlag.
- Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“ (2009) Der Wandel von Staatlichkeit – erste Ergebnisse Abrufbar unter: <http://www.sfb597.uni-bremen.de/pages/forProgrammErgebnisse.php?SPRACHE=de> (Zugriff: 08.01.2001).
- Shell Deutschland Holding (Hg.) Jugend 2010, Frankfurt/M.: Fischer Verlag.
- Shell Deutschland Holding (Hg.) Jugend 2006 : eine pragmatische Generation unter Druck , Frankfurt/M.: Fischer Verlag.
- Torney-Purta, Judith/Lehmann, Rainer/Oswald, Hans/Schulz, Wolfram (2001) Citizenship and Education in Twenty-Eight Countries: Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen, Amsterdam: IEA.
- Weißeno, Georg/ Detjen, Joachim/Juchler, Ingo/Massing, Peter/Richter, Dagmar (2010) Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.



... ein Begriff für politische Bildung

Eduard Spranger – Interpretation und Kommentar von Andreas Petrik
Friedrich Oettinger – Interpretation und Kommentar von Tilman Grammes
Kurt Gerhard Fischer – Interpretation und Kommentar von Wolfgang Sander
Hermann Giesecke – Interpretation und Kommentar von Ingo Juchler
Wolfgang Hilligen – Interpretation und Kommentar von Michael May
Bernhard Sutor – Interpretation und Kommentar von Joachim Detjen
Rolf Schmiederer – Interpretation und Kommentar von Reinhold Hettke

Michael May, Jessica Schattschneider (Hrsg.)
Klassiker der Politikdidaktik neu gelesen
Originale und Kommentare

Wie geht es weiter mit den Klassikern der Politikdidaktik? Sind sie noch lesenswert oder im Zuge der Kompetenz- und Standardorientierung obsolet geworden? In diesem Sammelband werden Textauszüge von Eduard Spranger, Theodor Wilhelm, Wolfgang Hilligen, Kurt Gerhard Fischer, Rolf Schmiederer, Bernhard Sutor und Hermann Giesecke präsentiert und von aktiven Fachdidaktikern kommentiert. Die Lektüre der Texte und Kommentare zeigt, dass die Klassiker trotz aller Zeitbedingtheit auch heute noch Antworten auf aktuelle Fragen liefern und einen kompetenzorientierten Unterricht nahelegen.
Das Buch führt kritisch in die Konzeptionen der Klassiker ein und stellt ihre didaktische Paradigmen bis hin zu konkreten Unterrichtsvorschlägen vor. Es richtet sich vornehmlich an Studierende und Referendare, an Politiklehrerinnen und -lehrer, die um einen kompetenzorientierten Politikunterricht bemüht sind.

ISBN 978-3-89974632-7, 192 S., € 19,80



Verbands- politische Rundschau

**Analysen
Positionen
Informationen
Diskussionen**

**zur Arbeit der
Deutschen
Vereinigung
für
Politische Bildung**

Ernüchterung:

Schleswig-Holstein



Neuregelung mit Überraschungen!

Entscheidungen zur Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein

Das lange Ringen um den Erhalt und die organisatorische Zuordnung der Landeszentrale für Politische Bildung (LZPB) in Schleswig-Holstein wurde im Dezember 2010 entschieden. Das Parlament hat einstimmig eine Neuregelung beschlossen, die am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist: Die LZPB bleibt als Einrichtung erhalten, sie wird aber personell verkleinert, erhält eine neue Leitung und soll ihr Aufgabenprofil überarbeiten.

Institutionell wird die Landeszentrale dem Landtag zugeordnet. Die Leitungsstelle, die seit langer Zeit unbesetzt war, wird eingespart. Sie wird von der Leiterin des Referats Öffentlichkeitsarbeit des Landtags, Annette Wiese-Krukowska, in Personalunion wahrgenommen.

Die LZPB bleibt aber unabhängig und behält eigene Mittel und Stellen – allerdings in reduziertem Umfang. Ein Kuratorium unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten, dem Vertreter/innen aller Fraktionen und der Bildungsträger angehören, wird die Arbeit der LZPB lenken und überwachen. Inhaltlich wird sich die LZPB darauf konzentrieren, politische Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein zu vernetzen, Bildungsangebote zu koordinieren und auf aktuelle Problemfelder zu fokussieren. Eine wesentliche Rolle wird dabei eine verstärkte Internetpräsenz spielen. Studienreisen und Bücherverkauf werden nicht im bisherigen Umfang weitergeführt werden können.

Der Beschluss des Landtags beendet ein lange andauerndes Ringen um die Zukunft der LZPB.

Zeitweilig war die Existenz der LZPB in Frage gestellt. Landesrechnungshof und Bildungspolitiker hatten die Effektivität der LZPB in ihrer bisherigen



Annette Wiese-Krukowska, Referatsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit des Landtages, in Personalunion neue Leiterin der Landeszentrale

Foto: Privat

Arbeitsweise in Frage gestellt. Der Landesverband der DVPB hatte sich stets öffentlich und in vielen Gesprächen mit der Landesregierung und Abgeordneten aller Parteien für den Erhalt einer unabhängigen und arbeitsfähigen LZPB eingesetzt.

Die personellen Einsparungen bei der Landeszentrale sind schmerhaft und sehr bedauerlich; ihre Unabhängigkeit scheint uns durch die Zuordnung zum Landtag jedoch nicht gefährdet.

Wir begrüßen den Erhalt der Landeszentrale und erwarten weiterhin eine fruchtbare Zusammenarbeit.

*Prof. Klaus-Peter Kruber,
Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein der DVPB*

Verband

• Informationen • Planungen • Aktionen • Berichte •

Brandenburg



1. Politik(er)ferne Jugend oder jugendferne Politik(er)?

Kooperation mit dem Brandenburgischen Landtag erfolgreich fortgesetzt

Mehr als 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Bereichen der schulischen und außerschulischen Politischen Bildung beteiligten sich am 15. November 2010 an der Tagung „Politik(er)ferne Jugend oder jugendferne Politik(er)?“, zu der der DVPB-Landesverband Brandenburg in Kooperation mit dem Brandenburgischen Landtag nach Potsdam eingeladen hatte.

Bereits die musikalische Eröffnung durch die Rapper von Hightek Music (www.hightek-music.de), die Kostproben aus ihrem ersten Album „Falscher Stolz“ präsentierte, zeigte auf eindruckvoller Weise das gesellschaftliche Engagement junger Brandenburger. Mit selbst arrangierten Songs, die sich vor allem durch anspruchsvolle gesellschaftskritische Texte auszeichnen, verdeutlichten die jungen Musiker, die das Berufliche Gymnasium des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums in Oranienburg besuchen, ihr besonders ausgeprägtes zivilgesellschaftliches Engagement. Mit ihren gelungenen Kompositionen setzt sich Hightek Music nicht nur für den Ausbau demokratischer Strukturen ein, sondern unterstützt auch nachhaltig mit ihrer Musik die Aktivitäten ihres Oberstufenzentrums als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Nach den Grußworten der Landtagsvizepräsidentin Gerit Große und von Manfred Walhorn vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport eröffnete der DVPB-Landesvorsitzende Dieter Starke die Tagung.

Bereits das Impulsreferat „Jugend in Brandenburg 2010“ von Dietmar Sturzbecher vom Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) e.V. regte zu kontroversen Wortmeldungen an. Besonders die zahlreichen jungen Teilnehmer/innen zeigten auch während der Diskussionsrunde mit den bildungspolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen sehr deutlich, dass von Politikverdrossenheit junger Menschen in Brandenburg keine Rede sein kann. Obwohl sich nur

wenige junge Brandenburgerinnen und Brandenburger an politische Parteien binden wollen, sehen sie optimistisch in die Zukunft und lassen ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement erkennen.

Nach der Mittagspause suchten Jugendliche, Politiker/innen und politische Bildner/innen in drei parallelen Workshops gemeinsam nach Möglichkeiten, wie das Verhältnis von Jugend und Politik verbessert werden kann. In einer Ideenwerkstatt zeigten die Teilnehmer/innen Wege auf, wie schulische politische Bildung politisches Interesse und politische Beteiligung fördern kann. Möglichkeiten der außerschulischen politischen Bildung thematisierte der zweite Workshop und untersuchte Projekte der Demokratiepädagogik und der Beteiligung von Jugendlichen in Schule und Kommune (Klasserrat, Service-Learning u.a.). Den Kern des dritten Workshops bildete eine Gesprächsrunde mit Vertreter/innen des Landesschülerrates, Mitgliedern der Jugendverbände der Parteien und jungen Landtagsabgeordneten zur Frage „Was bewegt junge Leute, sich politisch und/oder bürgerschaftlich zu engagieren?“

Die Ergebnisse der Workshops wurden am Ende der Tagung im Plenum diskutiert und inzwischen den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen als Anregungen zu Verfügung gestellt.

2. Neuer Landesvorstand

Im Anschluss an die Tagung im Landtag fand eine Mitgliederversammlung des DVPB-Landesverbandes Brandenburg statt. Diese wählte folgenden neuen Landesvorstand:

Dieter Starke (1. Vorsitzender) / Dr. Rosemarie Naumann (2. Vorsitzende)/Michael Fardun (Schatzmeister)/Dr. Martina Panke (Beisitzerin)/Frauke Schmidt (Beisitzerin)/Heidelind Uhlig (Beisitzerin)

In seiner konstituierenden Sitzung hat sich der Landesvorstand auf erste Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit verständigt:

- Mitarbeit an der Überarbeitung des Rahmenlehrplans Politische Bildung der Sekundarstufe II/gymnasiale Oberstufe (Anpassung der gültigen Rah-

Bayern



1. Verbindlichkeit der Abiturprüfung für Sozialkunde muss erhalten bleiben!

Der Bayerische Landesverband hat sich mit einem Antrag auf Erhaltung der Abiturpflicht für Sozialkunde an das Kultusministerium gewandt. Als nicht hinnehmbar empfunden wird die derzeitige Regelung, wonach im Kombinationsfach Geschichte/ Sozialkunde bei der Abiturprüfung einseitig das Fach Sozialkunde abgewählt werden kann.

Die Aussicht, dass das Fach Sozialkunde abgewählt werden kann, entwertet den Unterricht im Fach bereits während des 11. und 12. Schuljahrs. Zahlreiche Schüler spekulieren darauf, dass sie das Fach ohnehin abwählen werden. Sie geben sich daher im Unterricht und bei den Prüfungen im Fach Sozialkunde nur wenig Mühe.

Da die Schulaufgaben im Kombinationsfach Geschichte/ Sozialkunde gemeinsam gehalten und die Gesamtnoten der beiden Fächer anteilig berechnet werden, kalkulieren viele Schüler damit, dass sie eventuelle schlechte Noten im Fach Sozialkunde durch bessere Noten im Fach Geschichte kompensieren können. In einer Abiturprüfung hat das abgelegte Fach Sozialkunde für sie dann ohnehin keine Bedeutung mehr.

Diese rechtliche Diskriminierung des Faches Sozialkunde muss angesichts der vor Kurzem vorgelegten desaströsen Befunde zur Lage der Politischen Bildung in Bayern (Vgl. ausführlich unter

www.dvpb-bayern.de/) als besonders skandalös empfunden werden.

2. Mitgliederwerbung in der zweiten Phase der Lehrer/innenausbildung

Vorstandsmitglied Studiendirektor Bernhard Hof ist mit einer Idee zur Mitgliederwerbung in der zweiten Phase der LehrerInnenausbildung in die Offensive gegangen. Für Referendare soll in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing ein Fortbildungsangebot entstehen, mit dem der Landesverband Kontakt zu Junglehrinnen und -lehrern aufnimmt. Bei den bayerischen Seminarlehrern gebe es nach Auskunft von Bernhard Hof eine positive Resonanz auf diese Idee. Deshalb wurden auf der Sitzung des erweiterten Vorstands, die am 21. Januar in Tutzing stattfand, erste organisatorische und konzeptionelle Vorbereitungen besprochen. Weil für diese Offensive auch die Attraktivität des Standorts Tutzing genutzt werden soll, will sich Dr. Schröder mit Akademiedirektor Prof. Oberreuter ins Benehmen setzen, um einen passenden Termin zu finden.

Dr. Rappenglück wird die konzeptionelle Betreuung der Fortbildung übernehmen. Dabei wurde vorgeschlagen, den Hallenser Politikdidaktiker Prof. Andreas Petrik für die Vorstellung seines „Dorfgründungsprojekts“ zu gewinnen.

*PD Dr. Armin Scherb,
Landesverbandsvorsitzender
Bayern*

menlehrpläne im Hinblick auf die neue Zeitstruktur)

- Beteiligung an der Tagung „Oberstufenzentren für Demokratie, Vielfalt und Respekt – Prävention von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Beruflichen Bildung in Berlin und Brandenburg“ in Kooperation mit dem LISUM Berlin-Brandenburg und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.
- Durchführung einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Interaktive Smartboards“ im Politikunterricht der Sekun-

darstufen I und II“ im ersten Halbjahr 2011 in Zusammenarbeit mit dem LISUM Berlin-Brandenburg

- Teilnahme an einer Anhörung der Enquete-Kommission des Landtages „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ zum Thema „Untersuchung der Inhalte des Schulunterrichts zur DDR-Geschichte und zur Geschichte der Deutschen Einheit bzw. zur Unterrichtspraxis“

Dieter Starke

Nordrhein-Westfalen



1. Bundeswehr in die Schule ... oder?

Vorstandsmitglieder des DVPB-Landesverbandes NRW als Sachverständige im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 12.01.2011 im Landtag NRW

Hintergrund:

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) des Landes Nordrhein-Westfalen hat im Oktober 2008 eine Kooperationsvereinbarung mit der zuständigen Wehrbereichsverwaltung II der Bundeswehr abgeschlossen.

Folgende Hauptaspekte werden in dieser Vereinbarung als Ziele formuliert:

1. Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der Politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik
2. Einbindung von Jugendoffizieren in die Aus- und Fortbildung von Referendaren und Lehrkräften
3. Teilnahme von Lehrern und Bediensteten der Schulverwaltung an Seminaren der Bundeswehr zur Sicherheitspolitik und Besuch von Einrichtungen
4. Veröffentlichung von Bildungsangeboten der Bundeswehr in Onlinemedien des MSW bzw. der Bezirks-Regierungen
5. regelmäßige Gesprächskontakte
6. jährliches Berichtswesen der Jugendoffiziere ans das Ministerium.

Die Fraktion DIE LINKE hatte im September 2010 einen Antrag eingebracht, das Kooperationsabkommen des MSW mit der Wehrbereichskommando II aufzukündigen. Begründung:

„Die Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr räumt der Bundeswehr vielfältige Möglichkeiten ein im Unterricht und in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften.

Anderen Organisationen, die sich mit sicherheitspolitischen oder friedenspädagogischen Konzepten beschäftigen, stehen diese Möglichkeit nicht frei.

Die kostenfreie Bewerbung von Fortbildungen der Bundeswehr oder anderer Bildungsangebote der Bundeswehr legt den Schluss nahe, dass Ministerin Sommer während ihrer Amtszeit die Lehrkräfte insbesondere auf Angebote der Bundeswehr, aber weniger auf Angebote anderer Träger hinweisen wollte.“

(Drucksache 15/131)

Verfahren:

Der zuständige Ausschuss – A 15 Schule und Weiterbildung – hat zu einer öffentlichen Anhörung Sachverständige (u.a. Vertreter der DVPB-NRW e.V., GEW-NRW, DFG-VK, Bundeswehrvertreter, Ex-General, Aktion Weißes Friedensband e.V. u.a.) eingeladen und vorab um die Beantwortung von Fragen gebeten.

(Frageliste und Stellungnahmen unter: http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/Ausschuesse/A15/Anhoerungen_Ausschuss_fuer_Schule_und_Weiterbildung.jsp (Stand: 3.2.2011).

Die Erläuterung der Grundposition der DVPB-NRW e.V. – Rückgriff auf eine Stellungnahme aus dem Jahre 2009 zum Kooperationsabkommen und aktuelle Positionsbeschreibung aufgrund der Frageliste des Ausschusses – wurde von den Vorstandsmitgliedern Ulrich Krüger (Vorsitzender), Helmut A. Bieber (Geschäftsführung) und Prof. Dr. Bettina Zurstrassen vorgetragen. Die DVPB-NRW e.V. hat in ihrer Zeitschrift „Politisches Lernen“ und den fachinternen E-Mailbriefen darüber berichtet.

Neben der Beantwortung der 13 Vorab-Fragen vertraten die Experten der DVPB in den Gesprächsrunden jene Grundforderungen, die der Landesverband schon 2009 dem MSW mitgeteilt hatte,

„dass nicht nur der Bundeswehr ein gewichtiger Stellenwert bei Information und Darstellung sicherheits- und friedenspolitischer Fragestellungen in Schule und Unterricht zukomme. Ebenso sei Vertretern von Friedensinitiativen und anderen zivilen Organisationen Gelegenheit zu geben, zu Fragen der Kriegs- und Konfliktverhütung in Schule und Unterricht zu informieren und Stellung zu beziehen. Dies sei alleine schon wegen des Neutralitätsgebotes („Beutelsbacher Konsens“) geboten.

Neben der verfassungsmäßigen Stellung der Bundeswehr und ihrer Bündnisverpflichtungen könne und solle das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4.3 GG und in diesem Zusammenhang der Zivildienst als Alternative zum Wehrdienst in Schule und Unterricht zur Sprache kommen. Auch dies sei für die Politische Bildung alleine schon wegen des Neutralitätsgebotes unabdingbar.“

Die DVPB-NRW vertrat ferner die Forderung an die Mitglieder des Ausschusses, mit einer Erweiterung der Kooperationsvereinbarung die Schulen ausdrücklich darauf hinzuweisen und ihnen zu empfehlen, Vertreter von Friedensorganisationen, Angehörige ziviler Aufbau- und Entwicklungspunkte und anderer nicht-militärischen Einrichtungen in die schulische Politische Bildung einzubeziehen. Diesen Organisationen ist es auch zu ermöglichen, über die zuständigen Stellen des Ministerium Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu veröffentlichen und entsprechend tätig zu werden. Im Sinne des Neutralitätsgebotes bietet sich zwingend an, eine Kooperationsvereinbarung nicht nur mit der Bundeswehr, sondern auch mit zivilen friedenspolitischen Organisationen abzuschließen.

Fazit:

Seit vielen Jahren gab es erstmals wieder eine Gelegenheit, Themen schulischer Politischer Bildung im parlamentarischen Raum sichtbar zu machen und zu diskutieren.

Die Vertreter des DVPB-Landesverbandes nahmen während der Anhörung im Schulausschuss die Gelegenheit wahr, auf die Lage der Politischen Bildung in den Schulen des Landes hinzuweisen. Deutlich waren die Worte, „die Lage der Politischen Bildung an unseren Schulen ist nicht nur prekär, sie ist katastrophal“.

Die Reaktionen von Mitgliedern aller im Schulausschuss vertretenen Parteien zeigten, dass dies nun (endlich) deutlicher wahrgenommen wird. In vielen informellen Gesprächen nach der Ausschusssitzung konnte nochmals auf die Defizite hingewiesen werden: Unterrichtsausfall, fachfremder Unterricht sowie der Wegfall fachlicher Fortbildung führen zu einer einmaligen Kumulation von Problemen, welche die Qualität der Politischen Bildung und der entsprechenden Fächer – stärker als alle anderen Fächer – ernstlich gefährden.

Der Ausschuss wird Anfang März einen Beschluss fassen. Die DVPB-NRW e.V. wird berichten!

Duisburg, im Januar 2011

Für den Landesvorstand der

DVPB NRW e.V.

Ulrich Krüger, Helmut A. Bieber;
Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

P.S. Eine zwischenzeitlich durchgeführte (nicht repräsentative Umfrage in den Studienseminaren) zeigte, dass landesweit 23 Veranstaltungen unter Beteiligung der Jugendoffiziere der Bundeswehr stattgefunden haben.

In einem Schreiben an die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen wurde deutlich hervorgehoben, die Neubesetzung des Referates Politische Bildung im Ministerium für Schule und Weiterbildung auch als ein Zeichen zu nutzen, die personellen Ressourcen zu stärken und nicht kurzfristigen Haushaltsersparnissen zu opfern!

2. Leistung und Demokratie – Fordern und Fördern in der politisch-ökonomischen Bildung

Landesforum der DVPB NRW e.V. am 3.11.2010 in Duisburg

„Leistung und Demokratie“ – beide Begriffe werden ständig bemüht, wenn es um unsere Gesellschaft geht. Doch wie verhalten sie sich zueinander? Ist eine Demokratie eine Leistungsgesellschaft, in der ausschließlich Leistung über den Aufstieg entscheiden darf – und nicht Herkunft, Stand, Geschlecht oder Religion? Muss dann nicht auch der Weg zu Bildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen für alle gleichermaßen möglich sein? Ist Demokratie noch die Herrschaft des ganzen Volkes oder sind wir – angesichts des Parteien- und Politikverdrusses weiter Teile der Bevölkerung – auf dem Weg in eine Elitendemokratie? Wie sehr muss man, gerade auch in der politisch-ökonomischen Bildung, fördern und fordern, um politische Mündigkeit und Engagement auf breiter Basis zu erreichen? Mit den unterschiedlichsten Aspekten dieses Themenkomplexes befasste sich der Landesverband Nordrhein-Westfalen der DVPB auf dem gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung ausgerichteten Landesforum am 3. November 2010 in Duisburg.

Verband

Die 200 Teilnehmer – das Interesse war in diesem Jahr besonders groß – erlebten nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Ulrich Krüger einen engagierten Vortrag des Eliteforschers Prof. Dr. Michael Hartmann (TU Darmstadt) über den Mythos der Chancengleichheit: Eine starke Selektion im Bildungssystem wie im Berufsleben sorge in Deutschland dafür, dass besonders für Führungskräfte in deutschen Großunternehmen nicht allein die Leistung, sondern die Herkunft mit ihrem entsprechenden Habitus entscheidend sei – eine Entwicklung, die sich noch verstärkt hätte.

Der 2. Fachvortrag von Prof. Dr. Helmut Bremer, der den Zusammenhang von sozialer Herkunft und erfolgreicher Schullaufbahn bildungssoziologisch näher ausleuchten sollte, entfiel leider krankheitsbedingt. PD Dr. Klaus-Peter Hufer (Arbeitsgruppe Politische Bildung an der Universität Duisburg-Essen) sprang kurzfristig ein und trug pointierte Thesen vor, die die Ursachen der Bildungsarmut, die zunehmende „Ökonomisierung des Sozialen“ und die Kompetenzwende kritisch hinterfragten.

Um eine Bewertung und notwendige Schlussfolgerungen ging es in der anschließende Podiumsdiskussion; neben Prof. Dr. Hartmann, PD Dr. Klaus-Peter Hufer, Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, Hans-Joachim von Olberg (Moderation) und Ulrich Krüger auf dem Podium brachten sich auch viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen ein, die aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der politischen Bildungsarbeit kamen.

Der über viele Jahre bewährte Tagungsablauf bot am Nachmittag in verschiedenen Arbeitsgruppen die Möglichkeiten zur inhaltlichen Vertiefung und kritischen Wertung neuer ausbildungsdidaktischer Anforderungen und unterrichtspraktischer Projekte, wie die folgende Übersicht zeigt:

Arbeitsgruppe 1: „Praxissemester“ – Anforderungsprofil an Politische Bildner

Referenten: Edwin Stiller – MSW; Prof. Dr. Bettina Zurstrassen – Ruhr-Universität Bochum

Das Praxissemester als ein neues Element der Lehrerausbildung stellt neue Anforderungen an die Verknüpfung der universitären Ausbildung mit der stärker unterrichtspraktischen Ausbildung an den Schulen und Studiensemina-

ren. Fragen wie „Mit welchen Kompetenzprofilen sollen die Studierenden in das Praxissemester starten, um es erfolgreich durchlaufen zu können? Welche besonderen Anforderungen sind aus Sicht der Politischen Bildung an die Ausbildung im Praxissemester zu stellen?“

Arbeitsgruppe 2: Kompetenzorientierung – eine neue Herausforderung für die Politische Bildung

In einem mediengestützten Vortrag zeigt Dr. Andrea Szukala – Universität Bielefeld – Aspekte auf, die als eine neue Herausforderung für die sozialwissenschaftliche Bildung durch die Kompetenzorientierung gesehen werden können.

Die kritische Diskussion – vor allem von Verantwortlichen, die an der Ausbildung des „Nachwuchses“ beteiligt sind, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die derzeit dominante neuere Bildungsforschung geht freilich ausschließlich empiristisch vor und legt durch immer neue Testung von SchülerInnen, Aufgaben und LehrerInnen wissenschaftliche Teilbefunde vor, die dann allerdings noch nicht einmal in taugliche Strukturmodelle von Kompetenzen umgesetzt werden können: Es fehlen dazu die schlüssigen theoretischen Konzepte zum Lehren und Lernen im Fach. Dieses Defizit ist beinahe ausschließlich der fachdidaktikwissenschaftlichen Forschung im Feld anzukreiden. Die aktuelle Auseinandersetzung der Politikdidaktik um Basiskonzepte des Faches ist in diesem Zusammenhang ein bemerkenswerter Beispielsfall.

Währenddessen machen sich die Schulen auf den Weg, die Chancen der Kompetenzorientierung auszuloten und kreativ zu nutzen. Dazu müssen fachdidaktisches Wissen und Können aus der Prä-Kompetenzära nicht über Bord geworfen werden. Die Chancen der Kompetenzorientierung liegen in der Entrümpelung von Stoffkatalogen und in vielen positiven Impulsen, die für die Diagnose, Planung, Prozessgestaltung und Evaluation von Unterricht gesetzt werden können

Arbeitsgruppe 3: Heterogenität als Chance für die Politische Bildung; Fördern und Fordern im sozialwissenschaftlichen Unterricht

Der Workshop zeigte einen möglichen Ansatz, wie kompetenzori-

entierter Unterricht in heterogenen Lerngruppen umgesetzt werden kann. Die Referenten – Helmut Vietze – Studienseminar Hamm, Dr. Heike Hornbruch – Studienseminar Leverkusen – zeigten an Beispiele auf, wie Differenzierung im Unterricht in unterschiedlichen Niveaustufen überprüft und deren Umsetzung anhand praktischer Beispiele reflektiert werden kann. Beispiele einer Klasse 6 in Politik-Wirtschaft wurde jeweils als Referenzobjekte anschaulich dargestellt. Die in kleinen Arbeitsgruppen diskutierte (Leit)Frage war die nach der optimalen Förderung und Förderung der Schüler und Schülerinnen im sozialwissenschaftlichen Unterricht. Dass mit dem Thema dieser Arbeitsgruppe ein wichtige „Sollstelle“ sowohl in der 2. Ausbildungsphase wie auch in der Fortbildung offensichtlich wurde, zeigte das grundlegende Interesse von Arbeitsgruppenteilnehmern, im Nachgang in einer BSCW-unterstützten Arbeitsgruppe mit den Referenten weiterzuarbeiten.

Arbeitsgruppe 4: Demokratie stärken - vom Umgang mit Rechtsextremismus

Der Referent – PD Dr. Klaus-Peter Hufer – ist einer der profiliertesten Kenner der Materie in diesem Bereich. In einer zweistündigen Arbeitsgruppe können erfahrungsgemäß nur grundlegende Fragen und Problem angegriffen werden wie z.B. „Kann man mit Bildung überhaupt gegen Rechtsextremismus und die mit ihm einher gehenden Symptome gesellschaftlicher Anomie wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Verklärung bzw. Relativierung des Nationalsozialismus, Diskriminierung von gesellschaftlichen Minderheiten wirkungsvoll aktiv werden? Wenn ja, wie: eher unmittelbar intervenierend oder indirekt präventiv? An Literatur zur Einschätzung, Beschreibung, Quantifizierung und Handreichungen, handlungsorientierten Empfehlungen und Strategien zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus insgesamt und speziell der NPD mangelt es nicht. Welchen Beitrag kann Politische Bildung leisten? Doch ist Bildung überhaupt das richtige Betätigungsfeld – zumal in Zeiten neoliberaler Gesamtdurchdringung der Gesellschaft auch die Bildungsbereiche dem Diktat ökonomischer Nützlichkeit unterworfen werden?“ Das vielfach erprobte Umset-

zungskonzept gab den Teilnehmern die Möglichkeit, theoretisch-analytische Anmerkungen auch praktisch an einem Fallbeispiel und Rollenspiel zu prüfen. Während die fachliche Kompetenz der Lehrpersonen für einen „guten Politikunterricht“ unstrittig ist, wurde über die möglichen „pädagogischen Konsequenzen“ kontrovers diskutiert. Insgesamt ein Thema, das in der methodisch-didaktischen Umsetzung und der Qualität des Referenten empfohlen werden kann für die Schul- und/oder Studienseminar-entwicklung.

Arbeitsgruppe 5: „Ökonomische Kontroversen spielerisch erfahren“

Anknüpfend an curriculare Vorgaben („Wie funktioniert die Marktwirtschaft? – Wettbewerb, Verteilung und Kartellbildung) stellte der Referent – André Schlüter, Köln – ein unterrichtliches „Spiel“konzept („Classroom-Experiment“) für ökonomisches Lernen vor, das in wesentlichen Teilen aktiv simuliert wurde. Lernmöglichkeiten, Lernzuwachs bei den Lernenden, Auswertungsfragen, Grenzen im der unterrichtlichen Umsetzung wurden produktiv diskutiert.

Die Teilnehmer haben die Thesen- und Materialpapiere der Referenten und Referentinnen in Form einer Tagungsmappe erhalten. Die Mitglieder haben Zugriff über die Homepage www.dvpb-nrw.de (Mitgliederbereich).

Eine Buchausstellung der führenden Verlage im Bereich der Politischen Bildung rundete das Gesamtarrangement, welches von der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt wurde, ab.

Die im Anschluss stattgefundene Jahresmitgliederversammlung beschäftigte sich u.a. mit dem Arbeitsbericht des Landesvorstandes, einem mehrheitlichem Beschluss zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrages von 38,00 € auf 42,00 € für die Vollmitgliedschaft und der Festlegung weiterer Arbeitsschwerpunkte.

Duisburg, den 12.02.2011

Landesvorstand der
DVPB- NRW e. V.

Verband**Niedersachsen**
Niedersächsischer Tag der Politischen Bildung am 29.9.2011

„Das Elend der Politischen Bildung“ war der Titel der bayrischen Verbandszeitschrift „Forum Politikunterricht“ – Ausgabe 3/2010. In Niedersachsen blüht die Politische Bildung und braucht sich durchaus nicht zu verstecken! Allerdings ist sie trotzdem oft nicht sichtbar und es wird oft nicht so ganz klar, wo denn überall die zivilgesellschaftlichen und staatlichen Projekte, Maßnahmen und Aktionen, Kongresse und Fortbildungen stattfinden und wer mit welchem Erfolg teilnimmt.

Allein im Jahr 2010 sind gleich mehrere Veranstaltungen

auf Grund zu geringer Teilnehmerzahlen abgesagt worden, obwohl Bedarf besteht. Und dies sind nur die Veranstaltungen, die der DVPB bekannt geworden sind. In den Gesprächen mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen des Landtags hat dieser Posten der unkoordinierten und fehlgesteuerten Politischen Bildung zuletzt deutlich an Gewicht gewonnen. Es stellt sich die Frage, ob die Vielfalt der Politischen Bildung in den Bereichen schulischer Projektarbeit mit non-formalen Bildungsanbietern, Fortbildung von Lehrkräften und Erwachsenenbildung im größten Land Norddeutschlands zu unübersichtlich geworden ist, um allen Interessierten das

richtige Angebot zur passendsten Zeit anbieten zu können.

Sicher kann nicht von einem Wildwuchs gesprochen werden. Förderung mit Landesmitteln oder direkte Angebote der Ministerien und Behörden führen aber in die Debatte des effizienten Einsatzes von Steuermitteln. Diese Debatte steht erst am Anfang und ist folglich nicht einfach zu entscheiden. Die DVPB ist als zivilgesellschaftliche Initiative ohne Daten nicht zur Übersicht im Stande. Besser wäre die Lage, wenn eine Institution vergleichbar den Landeszentralen für politische Bildung in allen anderen Ländern eine Koordinierung und Steuerung sicher stellen könnte. Dies würde sowohl die DVPB in die Lage versetzen, die Lage beurteilen zu können, als auch die eigenen Mitglieder kompetent über Angebote unterrichten zu

können sowie eine Diskussion um Qualitätsstandards zu führen.

Eines der wichtigsten Angebote für die Politische Bildung in Niedersachsen stellt der jährliche Tag der Politischen Bildung dar. Diesmal wird die Vielfalt und Kontroversität der (werdenden) Weltmacht „China“ fachlich beleuchtet und in ihrer didaktischen Konsequenz diskutiert.

Wir rechnen hierzu **am 29. September d.J. in Hannover** erneut mit ca. 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Auch Sie sind willkommen!
Bitte merken Sie den Termin jetzt schon vor!

*Markus W. Behne,
Erster Vorsitzender des
Landesverbandes Niedersachsen*

Hamburg
1. Zweiter Historisch-Politischer Marktplatz in Hamburg

Am 20. November fand in der bundeseigenen Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh der „II. Historisch-Politische-Marktplatz“ statt. Auf der eintägigen Tagung, die in einer Kooperation des Politik- und Geschichtslehrerverbandes Hamburg mit dem Ernst-Klett-Verlag organisiert wurde, konnte wiederum ein breites Angebot an Informationen und praktischen Anregungen vermittelt werden.

Es gab intensive und kontroverse Diskussionen und nicht zuletzt dienten Kaffeepausen und Mittagessen dem Erfahrungsaustausch der fast 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Das Programm begann mit einem anregenden Kurzreferat der Museumspädagogin Katja Gosdek zur Entwicklung der Kleidungskultur im 19. Jahrhundert.

Im Anschluss stellten Axel Kukuk und Theresia Kirchgässner, beide Jugendoffiziere der Bundeswehr, das Planspiel POL&IS (Politik & Internationale Sicherheit) vor, in dem Schülerinnen und Schüler Weltpolitik live erleben und gestalten können.

Nach der Mittagspause folgte Dr. Sönke Zankel, Gymnasiallehrer in Uetersen, mit einem spannenden Einblick in die Planung

und Durchführung eines Schulprojektes zu „Uetersen im Nationalsozialismus“, aus dem mittlerweile zwei Bücher hervorgegangen sind.

Dann ging es mit Dr. Andreas von Seggern, Museumspädagoge in der Otto-von-Bismarck-Stiftung, wieder in das 19. Jahrhundert, konkret zu den Tausenden von Huldigungsbriefen an Bismarck, die im Friederichsruher Archiv lagern. Unter dem Motto „Helden: verehrt – verkannt – vergessen“ hat ein Leistungskurs Geschichte des Otto-Hahn-Gymnasiums Geesthacht fast 700 davon transkribiert und ausgewertet und so einen ersten Preis im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten gewonnen.

Im Anschluss stellten Eva Lindemann und Ulrike Sparre das Buch „,und nicht zuletzt Ihre stille Courage‘. Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933 bis 1945“ vor. Hier werden die Erinnerung an mehr als ein Dutzend unterschiedlichster Helferinnen und Helfer bewahrt und aufbereitet, die durch ihr mutiges Handeln von 1933 bis 1945 Verfolgten in Hamburg geholfen haben.

Nach einer Kaffeepause führte Dr. Rüdiger Fleiter, Redakteur des Ernst-Klett-Verlages, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Werkstatt eines „Schulbuchmachers“. Dort zeigte er an konkreten Beispielen, wie Kompetenzorientierung, Individuali-

sierung und – vor allen Dingen – Anschaulichkeit und Motivation in die Entwicklung neuer Schulbücher einfließen.

Abschließend informierte sein Kollege Dr. Stephan Schmal über Kontinuitäten, Veränderungen und Innovationen durch die neuen Oberstufen-Kerncurricula in Niedersachsen.

Das Schlusswort hatte einer der Initiatoren: Ulrich de Vries verkündete mit Freude, dass der III. Historisch-Politische-Marktplatz am 5. November 2011 stattfinden werde.

2. Mitgliederversammlung

Während der Tagung fand eine Mitgliederversammlung des Hamburger Geschichts- und Politiklehrerverbandes statt. In deren Mittelpunkt standen zum einen die inhaltlichen Planungen des Verbandes für das Jahr 2011, zum anderen wurden die Beratungen über die Mitgliedsbeiträge wiederaufgenommen, die bereits auf der Mitgliederversammlung am 25. Februar begonnen hatten.

Schließlich wurde einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen, den jährlichen Mitgliedsbeitrag ab dem Jahr 2011 auf 27,50 Euro pro Mitglied zu erhöhen. Referendarinnen und Referandare zahlen im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft keinen Beitrag.

Diese nicht wünschenswerte, aber leider notwendige Erhöhung begründet sich aus der Einnahmen/Ausgabenrechnung. Der Verband der Lehrer für Geschichte und Politik Hamburg hat pro Mitglied Fixkosten von 7 Euro an die beiden Dachverbände (Verband der Geschichtslehrer Deutschlands / Deutsche Vereinigung für Politische Bildung) abzuführen und weitere 10 Euro Jahreskosten für das Abonnement von „Geschichte für heute“. Der Jahresbeitrag von 20 Euro ist also bis auf eine kleine Differenz von 3 Euro pro Mitglied bereits fest gebunden. Damit ist es nicht möglich, anfallende weitere Kosten wie Bankgebühren, Porto, Organisation, die Kosten unseres Internetauftrittes und die Durchführung von Veranstaltungen zu bezahlen.

Außerdem wurden zwei kleinere Satzungsänderungen beschlossen, die die Beschlussfähigkeit des Vorstandes und die Wahl von Delegierten für die Historikertage und Delegiertenversammlungen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung betrafen. Die vollständigen Anträge und Protokolle können auf unserer Homepage abgerufen werden.

Dr. Helge Schröder

Verband

Rheinland-Pfalz

Mündige Bürger! – Zum Stellenwert Politischer Bildung in Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion am 24. Januar 2011 in Mainz;

Der DVPB-Landesverband Rheinland-Pfalz führte in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz am 24. Januar 2011 eine Podiumsdiskussion durch zum Thema:

„Mündige Bürger! – Zum Stellenwert Politischer Bildung in Rheinland-Pfalz – heute und in Zukunft“

Ziel der Veranstaltung war für die DVPB, den Blick auf die Politische Bildung in Rheinland-Pfalz zu schärfen und als Fachverband den Mitgliedern und allen Interessierten ein Forum zu bieten, um mit Akteuren und Entscheidungsträgern der Politischen Bildung in Rheinland-Pfalz ins Gespräch zu kommen.

Drei Landtagsabgeordnete, Heribert Heinrich (SPD), Nicole Morsblech (FDP) und Dorothea Schäfer (CDU), der Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz, Dr. Dieter Schiffmann, der Politikwissenschaftler Professor Dr. Ulrich Sarcinelli (Universität Koblenz-Landau) sowie Daniel Köbler, Spitzenkandidat von Bündnis 90/ Die Grünen erklärten sich bereit, zunächst im Gespräch mit dem Moderator der Podiumsdiskussion Dr. Thomas Simon (Zweiter Bundesvorsitzender der DVPB) und anschließend in der Diskussion mit dem Plenum ihre Position darzulegen und zu den Fragen Stellung zu beziehen.

In den einführenden Grußworten zur Eröffnung der Abendveranstaltung im Senatssaal der Universität Mainz, zu der der gesamte DVPB-Landesvorstand und mehr als 60 interessierte Bürgerinnen und Bürger gekommen waren, verwies die DVPB-Landesvorsitzende Bettina Anslinger-Weiss und Prof. Dr. Ruth Zimmler vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz auf die große Bedeutung Politischer Bildung in der Demokratie: „Demokratisches Bewusstsein stellt sich nicht von selbst ein, sondern muss stets aufs Neue wachsen und gefördert werden. Man wird nicht als Demokrat



bzw. als Demokrat geboren, man entwickelt sich dazu“, so die DVPB-Landesvorsitzende.

Die überaus spannende Podiumsdiskussion, die weit über zwei Stunden das Interesse der Zuhörer gewinnen konnte, wurde bereichert durch engagierte Fragen und Statements aus dem Plenum an das Podium. Bei den Podiumsgästen herrschte Einigkeit in der Feststellung, dass unsere Demokratie vor großen Herausforderungen steht, auf die Antworten gefunden werden müssen. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere der Blick auf die Herausforderungen des digitalen Zeitalters gerichtet, welches durch eine neue Kommunikationskultur geprägt ist und in welchem die Bürgerinnen und Bürger moderne Angebote und neue Beteiligungsmöglichkeiten erwarten, so beispielsweise Prof. Sarcinelli. Die Vorteile digitaler Medien sollten deutlich stärker für die Politische Bildung genutzt werden.

Deutlich kam während der Diskussion von verschiedenen

der SPD auf die tragende Rolle Politischer Bildung bei der Integration von Bürgerinnen und Bürgern. Dr. Dieter Schiffmann machte als Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz (LpB) darauf aufmerksam, dass die Angebote der LpB überwiegend von den sog. „Aktivbürgern“ genutzt würden, die nur ein Teilsegment der Gesellschaft darstellen. Auf der anderen Seite seien die Erwartungen der Politik an die LpB als „Reparaturbetrieb“ außerordentlich hoch, zum Teil zu hoch, so der Direktor der LpB.

Nicole Morsblech (FDP) brachte u.a. zum Ausdruck, dass sie sich mehr „mündige Bürger“ wünsche, die sich in der Demokratie engagieren und den Politikern bei kontroversen Projekten und Entscheidungen ein kritisches Feedback geben. Bei klar umrissen Projekten, wie z.B. Stuttgart 21, könnte sie sich eine Stärkung direktdemokratischer Elemente sehr gut vorstellen, so die bildungspolitische Sprecherin der FDP. Daniel Köbler, Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen bei der LTW 2011 in Rheinland-Pfalz, sprach sich u.a.

einig, dass der Stellenwert des Faches Sozialkunde in der Schule gestärkt werden müsse, dass Sozialkundeunterricht auch früher einsetzen sollte, beispielsweise nicht erst in Klasse 9 am Gymnasium. Diese Position wurde insbesondere von der Abgeordneten Dorothea Schäfer (CDU) unterstrichen, die sich außerdem dafür aussprach, Jugendliche im Sozialkundeunterricht stärker an kommunalpolitische Themen heranzuführen und den Sozialkundeunterricht insgesamt praxisorientierter zu gestalten, beispielsweise gegenüber Politikern stärker zu öffnen.

Von Prof. Sarcinelli wurde u.a. der deutliche Appell an Entscheidungsträger formuliert, für eine solide Politische Bildung Sorge zu tragen, das Profil des Faches Sozialkunde zu schärfen und das Fach Sozialkunde nicht zum „Gemischwarenladen“ werden zu lassen.

An die Politik wurde von Seiten der Zuhörer mehrfach deutlich der Appell gerichtet, kritische Stimmen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, zuzuhören und aufzunehmen, verbunden mit dem Hinweis, dass die



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Daniel Köbler (B90/Die Grünen), Dorothea Schäfer MdL (CDU), Dr. Dieter Schiffmann (LpB Rheinland-Pfalz), Dr. Thomas Simon (DVPB), Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Universität Koblenz-Landau), Nicole Morsblech MdL (FDP), Heribert Heinrich MdL (SPD).

Foto: Björn Kilian, DVPB

Seiten zum Ausdruck, dass das Bedürfnis nach einer Stärkung der Politischen Bildung in Rheinland-Pfalz groß ist. Von Seiten der Politik wurde an die Bürgerinnen und Bürger der Appell gerichtet, Angebote zur Politischen Bildung stärker zu nutzen. Heribert Heinrich (SPD) formulierte u.a. den Wunsch, dass die Schulen die Angebote der Politik deutlich stärker nutzen sollten, um die Politische Bildung der Schülerinnen und Schüler zu befördern. Außerdem verwies der Landtagsabgeordnete

für eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre aus. Insbesondere an den Schulen wünscht er sich eine stärkere Demokratisierung und größere Eigenverantwortung. Das Fach Sozialkunde bezeichnete er als „Dreh- und Angelpunkt“ Politischer Bildung an der Schule und forderte dessen Stärkung. Die aktuelle Entwicklung in der Oberstufe hinsichtlich des Stellenwerts Politischer Bildung kommentierte er kritisch.

Alle Podiumsvertreter – parteiübergreifend – waren sich

Glaubwürdigkeit der Politiker leide, wenn einerseits die Absicht geäußert werde, Politische Bildung in der Schule deutlich zu stärken und andererseits Chancen nicht ausreichend genutzt werden, um dies auch in der Realität umzusetzen.

Bettina Anslinger-Weiss,
DVPB-Landesvorsitzende
Rheinland-Pfalz

Thüringen

1.
Podiumsdiskussion
„Nachhaltige Klimapolitik als Thema für die Politische Bildung“
 anlässlich der Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung 2010

Im Rahmen der traditionsreichen Veranstaltung der „Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung“ fand am 16. November 2010 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Nachhaltige Klimapolitik als Thema für die Politische Bildung“ statt.

Zu den Teilnehmern des Podiums gehörten Prof. Dr. Lothar Viereck-Götte (FSU Jena, Institut für Geowissenschaften), Thomas Koch (Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz), Dr. Frank Augsten (Mitglied des Thüringer Landtages Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN) und Matthias Stüwe (Mitglied des Stiftungsvorstandes, Klimaschutzzstiftung Jena – Thüringen). Vor einem gemischten Publikum, das nicht nur aus Lehrern und Studenten, sondern erfreulicherweise auch aus interessierten Schülerinnen und Schülern bestand, wurden nicht nur aktuelle Themen der Umwelt- und Klimapolitik diskutiert, sondern auch deren Bedeutung für die Politische Bildung hinterfragt. Nach einem einleitenden Grußwort von Prof. Dr. Carl Deichmann, seinerseits Lehrstuhlinhaber der „Didaktik der Politik“ an der FSU Jena, führte Toralf Schenk, der die Diskussion moderierte, mit einer emotional packenden, aber ebenso informativen Videopräsentation in den Themenschwerpunkt an diesem Abend ein.

Nachhaltigkeit und Klima als Thema der Politik

Die Diskussion startete daraufhin mit ersten Eingangsstatements der Podiumsgäste zur Bedeutung nachhaltigen Handelns in unserer Gesellschaft. Schnell gelangten die Diskutanten dabei an einen Punkt, in dem Einigkeit darüber bestand, dass Nachhaltigkeit wichtig sei für das erfolgreiche Fortbestehen der menschlichen Zivilisation. Auf die Frage, wie man diese definieren und – viel wichtiger – in ein praktisches (politisches) Handeln umsetzen kön-

ne, blieben die Teilnehmer jedoch zunächst eine Antwort schuldig. Somit kristallisierten sich in diesem ersten Gesprächsabschnitt vor allem die wissenschaftliche Kontroversität und die emotionale Besetzung des Themas heraus. Diese beiden Bereiche waren nicht zuletzt auch für die politischen Auseinandersetzungen verantwortlich, die an diesem Abend zwischen den Podiumsteilnehmern geführt wurden. Die klimapolitische Debatte dürfe allerdings nicht, so die Meinung Matthias Stüwes, als isoliertes Problemfeld innerhalb eines Landes diskutiert werden, sondern sie muss insbesondere in ihren politischen Entscheidungen zu globalen Lösungen führen (man verwies im diesem Zusammenhang vor allem auf die erfolgreiche, weltweite Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Ozonlochs). Nichtsdestotrotz obliege die Bedeutung nachhaltigen Handelns, und hierin waren sich alle Diskutanten einig, nicht zuletzt auch in der Verantwortung eines jeden einzelnen Menschen. Das individuelle Bewusstsein hierfür zu schaffen, müsse nun vor allem durch die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit geleistet werden, deren Bedeutung im nachfolgenden Gesprächsabschnitt erörtert wurde.

**Politikdidaktische Konsequenzen:
 Wissenschaftsorientierung und Kontroversität**

Im Zentrum der Diskussion stand dabei die Frage, wie weit Politische Bildung bei der Behandlung des Themas gehen darf. Sollen Schülerinnen und Schüler bewusst unter der Inkaufnahme einseitiger wissenschaftlicher Positionsermittlung zu einer klimabewussten und/ oder ökologischen Wertehaltung erzogen werden oder solle es dem kritischen Urteilsverständnis eines jeden Einzelnen überlassen sein, ein Urteil zu fällen? Eine schwierige Frage, deren Beantwortung sich die Teilnehmer einerseits unter dem Verweis auf die didaktische Entscheidungsfreiheit des Lehrers entzogen. Andererseits plädierten manche Diskussionsteilnehmer, wie zum Beispiel Prof. Dr. Viereck-Götte, für ein klares und pointiertes Positionsbekenntnis auf Basis der realen und – seiner Meinung nach – unbestreitbaren wissenschaftlichen Fakten. In diesem Rahmen dürfe die wissenschaftliche Klarheit nicht durch die politische Auseinandersetzung, die mitver-

antwortlich für ein Informationsdefizit der Bevölkerung sei, „zerredet“ werden. Abhilfe schaffe nur eine Umweltbildung durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Ort, d.h. an Schulen in einem gemeinsamen Austausch zwischen Lehrern/-innen und Schülern/-innen. Zu Recht wiesen jedoch einige Diskutanten und im späteren Verlauf auch Gäste aus dem Publikum darauf hin, dass eine Wissenschaftsorientierung der Politischen Bildung eine kontroverse politische Behandlung nicht zwangsläufig ausschließen müsse. Ganz im Gegenteil gelte es im Sinne eines kritischen politischen Bewusstseins die Deutungsansprüche der Politik im Umgang mit diesem Thema zu hinterfragen, die wissenschaftlichen Fakten zu kennen und daraus hervorgehend zu eigenen politischen Erkenntnissen und Einsichten zu gelangen. Nur so könne das Thema einer nachhaltigen Umweltpolitik auch im Sinne einer demokratischen Wertehaltung behandelt und letzten Endes in eine entsprechende klimabewusste, politische Handlungsfähigkeit von den Lernenden umgesetzt werden.

*Dennis Hauk
 Landesvorstand DVPB
 Thüringen*

2.
Ankündigungen und Einladungen des Landesverbandes Thüringen:

1. „Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung“

am Donnerstag, dem 07.04.2011, zum Thema:
 Politische Bildung im Europäischen Kontext

Eine Kooperationsveranstaltung des Landesverbandes der DVPB Thüringen, der Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen, dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) und der Professur für Didaktik der Politik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Referent: Dr. Christian Schmidt
 Wann?: 18.30 s.t.
 Wo?: HS 9, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Carl-Zeiss-Straße 3

2. Politischer Stammtisch mit der Ausländerbeauftragten des Landes Thüringen

Der für den 08.12.2010 vorgesehene und witterungsbedingt verschobene politische Stammtisch mit der Ausländerbeauftragten des Landes Thüringen, Petra Heß, findet noch im Frühjahr 2011 statt. Zum Thema „Integration – ein Problem in Thüringen?“ referiert die Ausländerbeauftragte in der IGS „Grete Unrein“ in Jena und stellt sich in der Diskussion den Fragen der Gäste. Über den genauen neuen Termin werden die Landesmitglieder der DVPB rechtzeitig per Mail und die Öffentlichkeit über die Presse informiert.

3. Tag der Politikwissenschaft und Politikdidaktisches Symposium am 9. Juni 2011 an der FSU Jena

Wie auch in den vergangenen Jahren wird der diesjährige Lehrerpolitiktag im Rahmen des Tages der Politikwissenschaften durchgeführt. Ausrichter ist traditionsgemäß das Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, das am Donnerstag, dem 9. Juni 2011 zum Politikdidaktischen Symposium einlädt. Dieses steht unter dem Thema: „Beobachtung und Evaluation von Sozialkundeunterricht in Theorie und Praxis“. Die Organisatoren der Kooperationsveranstaltung, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Professur für Didaktik der Politik an der FSU, Thilm und der Landesverband der DVPB Thüringen freuen sich auch in diesem Jahr wieder zahlreiche politische Bildner zu den zahlreichen Vorträgen und Diskussionsrunden im Rahmen des Symposiums begrüßen zu können.

Toralf Schenk, Zweiter Vorsitzender des Landesverbandes der DVPB Thüringen

Rezensionen

Neue Literatur – kurz vorgestellt

Erwartungen an eine gerechte Politik

Silvia Krömmelbein u. a. (Hg.): *Einstellungen zum Sozialstaat*. Band I, Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2007, 209 S., 19.90 EURO;
 Oliver Nüchter u. a. (Hg.): *Einstellungen zum Sozialstaat*. Band II, Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2008, 189 S., 16.90 EURO*)

Um verlässliche Antworten auf die Frage zu geben, ob die im Schatten der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise sicht- und spürbar gewordene „Rückkehr des Staates“ dazu führen wird, dass die Bürger/innen wieder Vertrauen in ihn fassen, bräuchte es prophetische Gaben. Eine tragfähige Prognose aber lässt sich zumindest wagen, wenn man auf Daten zurückgreift, wie sie Roland Bieraugel, Wolfgang Glatzer, Silvia Krömmelbein, Oliver Nüchter, Alfons Schmid und Florian Schipperges mit ihrer zweibändigen Untersuchung „Einstellungen zum Sozialstaat“ vorgelegt haben. Die in den Jahren 2007 und 2008 vorgelegte, mit zahlreichen aufschlussreichen Abbildungen versehene Studie gibt Aufschluss darüber, welche sozialpolitischen Ziele und Prinzipien in der Bevölkerung Unterstützung finden, mit welchen Gerechtigkeitsvorstellungen deren Haltung verbunden ist und wie die eigene soziale Lage wahrgenommen wird. Die Bände basieren auf repräsentativen telefonischen Befragungen von 2.500 Befragten aus den alten und 2.506 aus den neuen Bundesländern, was erkennen lässt, dass insbesondere die zwischen Stralsund und Plauen vorherrschenden Einstellungen zum Sozialstaat für die Studienleiter von Interesse sind.

Bundesweit verspürtes Gerechtigkeitsdefizit

Ein zentraler Einflussfaktor auf sozialstaatliche Einstellungen und die Akzeptanz von Reformen sind die Vorstellungen über die Legitimität sozialer Ungleichheit und die sich daraus speisende Einschätzung, ob eine Maßnahme sozial gerecht ist oder nicht. Vor diesem Hintergrund geht das Autorenteam im vierten Kapitel des ersten Bandes unter der Überschrift „Gerech-

tigkeit und soziale Ungleichheit“ der Frage nach, welche Vorstellungen von Gerechtigkeit hinsichtlich der objektiven, weitgehend messbaren Einkommens- und Vermögensunterschiede bestehen und welche Einschätzungen sich vor dem Hintergrund der eigenen Lebenssituation ergeben. „Etwa die Hälfte der Menschen sieht Einkommensunterschiede als durch das Leistungs-, Motivations- und Marktprinzip legitimiert an. Einkommens- und Prestigeunterschiede sind nach Meinung von 55 Prozent der Befragten notwendig, um Menschen zu persönlichen Leistungen zu motivieren. Rund ein Drittel lehnt diese Begründung für soziale Ungleichheit ab. Dennoch kann in den Augen der Mehrheit Verteilungsgerechtigkeit erst durch staatliche Interventionen in marktwirtschaftliche Verteilungsergebnisse hergestellt werden.“ (I, S. 61) 46 Prozent der Befragten geben an, „dass große Gewinne nicht zum Wohlstand aller beitragen“, während die Zustimmungsraten für staatliche Interventionen, „die über die soziale Bedarfsabsicherung durch Umverteilung hinausreichen“, rückläufig sind (I, S. 66 u. 69). Die Einschätzung der subjektiven Verteilungsgerechtigkeit fällt hingegen mehrheitlich positiv aus: „56 Prozent sehen die eigene Partizipation am Wohlstand mindestens als gerecht an. Die wirtschaftliche Lage bewerten im Westen 60 Prozent der Befragten als gut, im Osten circa. die Hälfte.“ (I, S. 61)

Ausgesprochen aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein anderes Ergebnis der Studie: „Die Vorstellung, dass harte Arbeit zum Reichtum führt, wird (...) nur von einer knappen Mehrheit geteilt, womit die eigentlich am stärksten erwünschte Verteilungsregel die zweitgeringste Bedeutung hat.“ (II, S. 44) Die systemische Verkennung der Leitidee „Jeder verdient, was er verdient“ ist insofern als zentrale Triebfeder für das empfundene Gerechtigkeitsdefizit anzusehen. Dass die über den Markt vermittelte Primärverteilung ein landesweit empfundenes Gerechtigkeitsdefizit hervorruft, hatte bereits die im Sommer 2007 von der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Auftrag gegebene Umfrage zu Tage gefördert, deren Ergebnisse einen tragfähigen Erklärungsansatz für den in der Bundesrepublik seit einiger Zeit zu beobachtenden „Linksruck“ liefern. Wenn 60 Prozent der Unions-

und 76 Prozent der SPD-Anhänger der Auffassung sind, dass die Regierung dem Leitbild der sozialen Gerechtigkeit nur unzureichend nachkomme, liegt es nahe, von einer fest im gesellschaftlichen Bewusstsein verankerten Gerechtigkeitslücke zu sprechen – zumal die Umfrage erbrachte, dass dieses Empfinden von einer Mehrheit der Besserverdienden geteilt wird.

Warum aber ist das Gerechtigkeitsempfinden einer breiten Bevölkerungsmehrheit geschwunden? Einen zentralen Erklärungsansatz liefert die Tatsache, dass die Verteilungsgerechtigkeit als einst unumstößliches Leitmotiv sozialstaatlicher Politik im medialen Diskurs ins Wanken geraten und



Einstellungen zum Sozialstaat
Repräsentative Querschnittsuntersuchung zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands 2005
Frankfurter Reihe „Sozialpolitik und Sozialstruktur“, Band 1

Barbara Budrich Publishers



von zahlreichen Vertretern aus Politik und Wirtschaft durch das Prinzip der Beteiligungsgerechtigkeit abgelöst worden ist – davon ausgehend, dass der Zugang zu Bibliotheken, Theatern und Museen in der Wissensgesellschaft entscheidender sei als die gerechte Verteilung der materiellen Ressourcen. Unter Verweis darauf, dass ein „(Verteilungs-) Kampf der Generationen“ um die knappen Haushaltssmittel entbrannt sei, wurde das Postulat der sozialen Gerechtigkeit schließlich auch von der rot-grünen Bundesregierung durch den Begriff der „Generationengerechtigkeit“ substituiert.

Hohe Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme

Die einzelnen Sicherungssysteme erhalten signifikant unterschiedlichen Zuspruch (vgl. Graphik II, S. 172). Mit einer Zustimmungsrate

von 68 Prozent genießt die gesetzliche Krankenversicherung das größte Vertrauen, wenngleich dieses durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2004 unterminiert wurde und durch die Vereinheitlichung der Beitragssätze auf 15,5 Prozent zum 1. Januar 2009 abermals gelitten haben dürfte. Dagegen sind die Zustimmungsraten zur Pflegeversicherung mit 50 Prozent und zur gesetzlichen Rentenversicherung mit nur 34 Prozent von 2005 auf 2006 konstant geblieben. Letzteres war angesichts der mitunter populistisch geführten Debatte nicht unbedingt zu erwarten: So wurde das lohn- und beitragsbezogene Umlageverfahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung häufig zum Auslaufmodell erklärt, das Kapitaldeckungsprinzip hingegen als vermeintlich „demografieresistent“ geradezu glorifiziert. Obwohl Neoliberalen wie Reiner Hank, Leiter des Ressorts Wirtschaft bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und Autor des im Jahre 2000 erschienenen Buchs „Das Ende der Gleichheit“, unentwegt eine Beschränkung auf den „Kernsozialstaat“ fordern, der nur noch dann tätig werden solle, wenn für Risiken „auf privaten Kapital- und Versicherungsmärkten eine effiziente Vorsorge nicht möglich ist“, muss der Zuspruch zur Arbeitslosenversicherung mit 48 Prozent und für die Unfallversicherung mit 63 Prozent doch nach wie vor als recht groß interpretiert werden.

Fazit

Den Ergebnissen der Studie bleibt zu wünschen, dass sie sich ihren Weg in Richtung politische Entscheidungsträger(innen) bahnen, damit das, was Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung, unlängst in seinem Beitrag „Die ewige Suche nach der Gerechtigkeit“ formuliert hat, auch im politischen Raum Mehrheiten findet: „Der Sozialstaat ist der Handausstrekker für die, die eine helfende Hand brauchen. (...) Der Sozialstaat gibt den Armen nicht nur Bett und Dach, sondern ein Fortkommen aus der Armut. Das Übel, das manche Leute ein schlechtes Leben führen, besteht nicht darin, dass andere Leute ein besseres Leben führen. Das Übel besteht darin, dass schlechte Leben schlecht sind.“ (19.11.2008, S. 26) Wenn sich – wie die Studie ausweist – eine wachsende Zahl von Bundesbürgern(inne)n um den ihnen zustehenden Anteil am Wohlstand gebracht fühlt, leidet darunter nicht nur die Akzeptanz des Sozialstaates, sondern auch die Demokratie.

Tim Engartner

*) siehe auch: Oliver Nüchter u. a. (Hg.): Einstellungen zum Sozialstaat. Band III, Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2009, 118 S., 12.90 EURO

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung
Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange (www.dvpb.de)
15. Jahrgang 2011

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner
Igelstück 5a
36100 Petersberg
Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Adolf-Damaschke-Straße 10
65824 Schwalbach/Ts.
www_wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (V.i.S.d.P.)
Dr. Tim Engartner
PD Dr. Klaus-Peter Hufer
Dr. Herbert Knepper
Prof. Dr. Dirk Lange
Hans-Joachim von Olberg
Prof. Dr. Bernd Overwien
PD Dr. Armin Scherb

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe

Dr. Tim Engartner

Verantwortlich für die Verbandspolitische Rundschau

Dr. Herbert Knepper

Herstellung

Susanne Albrecht-Rosenkranz,
Opladen

Buchbesprechungen
Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung

Tel.: 06196 860-65
Fax: 06196 860-60
bestellservice@wochenschau-verlag.de

Druck

Görres-Druckerei und Verlag GmbH

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 6,00 € zzgl. Versandkosten.
Standardabonnement: 20,00 € zzgl. Versandkosten.
In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2011

Anzeigenleitung

Brigitte Bell

Tel.: 06201 340279, Fax: 06201 182577
brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60, Konto-Nr.: 3 770 608

© Wochenschau Verlag

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Der Abonnentenausgabe liegen zwei Prospekte des Wochenschau Verlages bei.

ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po1_11

Liebe Leserinnen und Leser,
haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen?
Unten auf dieser Seite finden Sie die Heftplanung für 2010 und 2011. Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:
36100 Petersberg, Igelstück 5a, stegmueller.tschirner@t-online.de.

VORSCHAU

POLIS 2/2011

Diagnose, Leistungsmessung und Kompetenz
(erscheint am 1.7.2011)

POLIS 3/2011

Politische Bildung unter erschwerten Bedingungen
(erscheint am 1.10.2011)

POLIS 4/2011

Was hält die Gesellschaft noch zusammen?
(erscheint am 22.12.2011)

POLIS 1/2012

Außerschulische Lernorte
(erscheint am 1.4.2012)